

Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit

Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen

BertelsmannStiftung

VISIT…

LANZAROTE Caliente.COM

Das Programm „Lebendige Werte“

Wir widmen uns im Programm „Lebendige Werte“ dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und insbesondere der Rolle von Religionen und Werten für das Zusammenleben in der vielfältigen Gesellschaft. Zu diesen Themen forschen wir und veröffentlichen regelmäßig neue Studien aus dem Religionsmonitor und dem Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Darüber hinaus sind wir mit praktischen Projekten und Methoden in der Wertebildung aktiv und vernetzen Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft in unserem Themenfeld.



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Forschungsergebnisse, Studien und Veranstaltungen informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

http://b-sti.org/lebendigewerte

Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit

Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen

Dr. Yasemin El-Menouar

Dr. Kai Unzicker

Inhalt

Inhalt

Zusammenfassung **6**

1. Einleitung **9**
- 1.1 Wertemilieus 9
- 1.2 Klimawandel, Zusammenleben in Vielfalt und Gerechtigkeit 11
- 1.3 Bereitschaft zum Diskurs 11
- 1.4 Methodik der Studie 11
- 1.5 Aufbau der Studie 11

2. Haltungen zum Klimaschutz **13**
- 2.1 Handeln oder abwarten? Der Einfluss von Wertorientierungen 14
- 2.2 Eine Frage der Generation? Die Rolle soziodemografischer Merkmale 15
- 2.3 Relativ breiter Konsens – der Einfluss von Parteipräferenzen 16

3. Zusammenleben in Vielfalt **19**
- 3.1 Grenzen der Toleranz – das Beispiel Kopftuch 21
- 3.2 Vielfältige Nachbarschaft – die Wirkung von Erfahrungen 23
- 3.3 Bildung als Türöffner – die Rolle sozioökonomischer Faktoren 24
- 3.4 Liberal ist nicht gleich liberal – der Einfluss von Parteineigungen 25

4. Vorstellungen von Gerechtigkeit **27**
- 4.1 Relative Übereinstimmung – die Perspektive der Wertemilieus 28
- 4.2 Was als gerecht empfunden wird – der Einfluss sozialer Lagen 30
- 4.3 Der Glaube an eine gerechte Welt 31
- 4.4 Leistungs- versus Bedarfsprinzip – Parteineigung und Gerechtigkeit 32

5. Wertehomogenität und Offenheit für Dialog **34**
- 5.1 Grundkonsens trotz Differenzen – wie weit die eigenen Überzeugungen reichen 34
- 5.2 Respektvoll oder nicht – zum Umgang miteinander 36
- 5.3 Relative Offenheit – Einlassen auf andere Meinungen 37

6. Fazit **39**
- 6.1 Diagnose der Polarisierung greift zu kurz 39
- 6.2 Bei der Ausgestaltung von Vielfalt gehen die Meinungen auseinander 40
- 6.3 Mehrheit findet Gesellschaft nicht gerecht 41
- 6.4 Materialist:innen sehen sich als Außenseiter:innen 41
- 6.5 Leistungsorientierte für den Wandel gewinnen 42

7. Literatur **44**

Impressum 46
Literaturtipps 47

Zusammenfassung

Hintergrund und Fragestellung der Studie

Aktuelle Debatten zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen vermitteln den Eindruck einer zunehmenden Polarisierung in der Bevölkerung. Die vorliegende Studie hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Eindruck anhand der zentralen Themen Klimawandel, Vielfalt und Gerechtigkeit zu überprüfen und zu analysieren, inwieweit bei diesen durchaus umstrittenen Fragen tatsächlich von einem Auseinanderdriften in der Gesellschaft gesprochen werden kann. Ein Fokus liegt dabei auf der Frage, inwieweit Werthaltungen der Menschen ihre Sicht auf gesellschaftliche Grundfragen prägen.

Analysegrundlage sind sieben Wertemilieus, die als empirisches Instrument zur Beschreibung der gesellschaftlichen Wertepluralität dienen und Grundzüge unterschiedlicher Werthaltungen, die in unserer Gesellschaft vertreten werden, verdichtet wiedergeben (El-Menouar 2021). Folgende Wertemilieus wurden anhand repräsentativer Daten ermittelt: 1. kreative Idealist:innen, 2. bescheidene Humanist:innen, 3. individualistische Materialist:innen, 4. unbeschwerte Beziehungsmenschen, 5. sicherheitsorientierte Konservative, 6. leistungsorientierte Macher:innen und 7. unkonventionelle Selbstverwirklicher:innen. Sie sind in Deutschland etwa gleich stark und quer durch die Gesellschaft in allen Alters-, Bildungs- und Einkommensschichten vertreten. Allerdings lassen sich die Wertemilieus durch soziodemografische Charakteristika näher beschreiben (El-Menouar und Unzicker 2021).

Methode

Die Berechnung der Wertemilieus basiert auf 21 Fragen zu persönlichen Wertvorstellungen nach Shalom Schwartz (2012) sowie auf zehn Fragen zu Persönlichkeitseigenschaften in Anlehnung an das Big-Five-Modell (Rammstedt et al. 2013). Die Antworten auf die insgesamt 31 Fragen wurden in einem mehrstufigen statistischen Analyseverfahren geprüft. So konnten empirisch sieben Wertemilieus identifiziert werden.

Die Datengrundlage bildet eine repräsentative Bevölkerungsbefragung, die in der letzten Novemberwoche 2020 in Deutschland stattfand. Das Norstat Institut hat im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Rahmen einer Online-Befragung 1.012 Personen quantitativ befragt. Es handelt sich um eine nicht randomisierte Quotenstichprobe; sie ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren nach Alter, Geschlecht und Bundesland. Die Stichprobe wurde anhand eines Online-Access-Panels gezogen.

Kernergebnisse der Studie

1. **Die Diagnose einer in zwei Lager gespaltenen Gesellschaft greift zu kurz.** In allen drei Themenkomplexen, die wir untersucht haben, lässt sich eine Bandbreite an Positionen identifizieren. Je nach Fragestellung werden zudem unterschiedliche Differenzierungslinien sichtbar, das heißt, es sind nicht immer die gleichen Personen, die gegensätzliche Meinungen vertreten. Eine Ausnahme bilden die Materialist:innen: Sie haben fast durchgängig eine andere Sicht auf bestehende Herausforderungen als die Mehrheit der Bevölkerung.

2. **Die Veränderungsbereitschaft für mehr Klimaschutz ist groß.** Insgesamt ist mit 72 Prozent die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass wir für die Bewältigung des Klimawandels tiefgreifende gesellschaftliche und soziale Veränderungen brauchen; diese Ansicht zieht sich durch die meisten Wertemilieus. Bei den Maßnahmen gehen die Meinungen stärker auseinander. Während die einen – vor allem die Leistungsorientierten mit einem Anteil von 43 Prozent – stärker auf den technologischen Fortschritt setzen, gehen die anderen davon aus, dass wirksamer Klimaschutz nicht ohne spürbare Veränderungen in unserem Alltagsverhalten machbar ist. Unter Materialist:innen ist jedoch nur eine Minderheit (43 Prozent) veränderungsbereit; in diesem Milieu geht mit 39 Prozent ein großer Anteil davon aus, dass der Klimawandel ein natürliches Phänomen ist und die Natur sich selbst regeneriert.

3. **Beim Zusammenleben in Vielfalt geht es primär um Grenzen der Offenheit.** Die vertretbare kulturelle und religiöse Vielfalt in der Gesellschaft fassen vor allem Idealist:innen (63 Prozent) und Humanist:innen (64 Prozent) weit und sehen den notwendigen Rahmen durch das Grundgesetz definiert. Leistungsorientierte (55 Prozent) plädieren eher für eine engere Grenzsetzung, die sich an westeuropäischen Standards orientiert. Wiederum sind es die Materialist:innen, die am deutlichsten abweichen: Unter ihnen halten insgesamt 80 Prozent entweder nur eine „vertraute" Vielfalt im westeuropäischen Rahmen für hinnehmbar oder erwarten sogar eine Anpassung an eine „deutsche Leitkultur". Vielfalt als solche wird insgesamt nur von einer sehr kleinen Minderheit der Befragten abgelehnt (2 Prozent). Wenn es um das Kopftuch geht, wird jedoch eine Polarisierung quer durch alle Wertemilieus sichtbar.

4. **Die Gerechtigkeitsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft werden von einem Großteil der Befragten geteilt.** Mit 85 beziehungsweise 86 Prozent stimmt die überwältigende Mehrheit der Befragten sowohl dem Leistungsprinzip – hart arbeitende Menschen sollten mehr verdienen als andere – als auch dem Bedarfsprinzip – die Gesellschaft kümmert sich, unabhängig von deren Leistung, um Bedürftige – zu. Diese Prinzipien werden auch von den Materialist:innen mehrheitlich getragen, auch wenn sie bei der Befürwortung des Bedarfsprinzips etwas abfallen (63 Prozent). Größere Unterschiede sind bei dem Glauben an eine „gerechte Welt" festzustellen: Während 55 Prozent der Leistungsorientierten davon ausgehen, dass jede und jeder das bekommt, was ihr beziehungsweise ihm zusteht, sind lediglich 24 Prozent der Materialist:innen dieser Ansicht.

5. **Offenheit für Dialog ist trotz kontroverser Debatten gegeben.** Rund zwei Drittel der Befragten sind der Ansicht, dass die öffentlichen Debatten respektloser geworden sind als früher. Dies spiegelt sich aber nur bei einer Minderheit (20 Prozent) auch im privaten Umfeld wider: Hier werden die Diskussionen mehrheitlich als genauso respektvoll wie früher empfunden. Grundsätzlich sind die Befragten überwiegend offen für andere Meinungen – sie diskutieren sogar gerne (43 Prozent) beziehungsweise finden es gut (36 Prozent), dass es unterschiedliche Positionen gibt.

Lediglich die Beziehungsmenschen sind seltener an einem Austausch mit unterschiedlichen Positionen interessiert (25 Prozent) beziehungsweise haben grundsätzlich kein Interesse an gesellschaftspolitischen Themen (17 Prozent). Trotz der Kontroversen ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die meisten Menschen in ihrem Umfeld (rund 60 Prozent), aber auch in Deutschland insgesamt (rund 60 Prozent) ähnliche Werte teilen wie sie selbst. Eine Ausnahme bilden hier wiederum die Materialist:innen, die sich nicht nur in ganz Deutschland mehrheitlich als Außenseiter:innen sehen, sondern auch in ihrem persönlichen Umfeld viel Gegenwind erfahren.

1. Einleitung

Moderne offene Gesellschaften zeichnen sich durch Meinungs- und Wertevielfalt aus. Der gesellschaftliche Zusammenhalt erwächst in ihnen weniger aus geteilten Traditionen oder einer breiten Einmütigkeit in moralischen oder politischen Fragen. Vielmehr misst sich dieser Zusammenhalt daran, wie gut es im Dauerstreit der demokratischen Öffentlichkeit gelingt, die vielfältigen Interessen zu koordinieren, Wertekonflikte auszutragen und – trotz aller Differenzen – zu allgemein akzeptierten Entscheidungen zu kommen (Dubiel 1999).

Momentan hat es jedoch den Anschein, die Gesellschaft sei zunehmend polarisiert und gerate gerade angesichts der Pandemie in eine Zerreißprobe: Jede:r Zweite hat den Eindruck, dass die Menschen in dieser Krise an ihren eigenen Vorteil denken, statt zu helfen, zwei Drittel schätzen den Zusammenhalt als schlecht ein, und ein Drittel geht davon aus, dass sich dieser in den nächsten fünf Jahren weiter verschlechtern wird. Das zeigt eine erste Auswertung der vorliegenden Daten der BSt-Wertestudie 2021, die im Rahmen des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde (siehe Kapitel 1.4 „Methodik der Studie“).

Dabei steht das heutige Deutschland nicht nur angesichts der Folgen der Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen, sondern sieht sich grundsätzlich mit gravierenden gesellschaftlichen, ökologischen, technologischen, demografischen und mithin politischen Veränderungen konfrontiert. Ob Klimawandel oder Digitalisierung, ob Alterung oder Einwanderung, verbunden sind damit stets auch fundamentale Wertefragen, die Menschen für sich durchaus unterschiedlich beantworten.

Im Umgang mit der Corona-Pandemie wurden in den letzten Monaten einige dieser Wertefragen besonders akut: Was wiegt schwerer: der Schutz der Gesundheit oder der Erhalt wirtschaftlicher Existenzen und des Wohlstands? Welches Leid hat Vorrang: das der Infizierten oder das derer, die psychisch unter Lockdown und Ausgangssperre leiden? Woran misst man die Angemessenheit von Maßnahmen: an der Sicherheit, die sie versprechen, oder an der Freiheit, die sie einschränken? Um besser zu verstehen, wie in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um diese Fragen gerungen wird und ob das oben skizzierte Bild einer polarisierten Debatte überhaupt stimmt, haben wir im letzten Jahr ein neues Forschungsinstrument entwickelt. Es liefert uns ein tieferes Verständnis der in der Gesellschaft vorhandenen Werthaltungen und damit auch der Meinungsdifferenzen im gegenwärtigen Diskurs. Zunächst haben wir es fokussiert auf den Umgang mit der Corona-Pandemie angewendet (El-Menouar 2021).

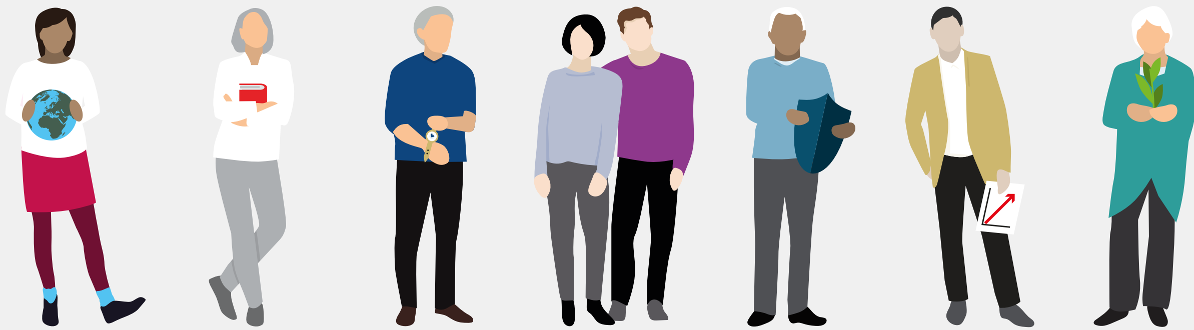
1.1 Wertemilieus

Dafür galt es zunächst herauszufinden, welche Werthaltungen sich überhaupt unterscheiden lassen und wie sich die Wertepluralität hierzulande darstellt. Auf diese Weise konnten wir sieben zentrale Wertemilieus identifizieren: das der kreativen Idealist:innen, der bescheidenen Humanist:innen, der individualistischen Materialist:innen, der unbeschwerten Beziehungsmenschen, der sicherheitsorientierten Konservativen, der leistungsorientierten Macher:innen und der unkonventionellen Selbstverwirklicher:innen.

Idealist:innen stehen stark für die Werte Gleichheit, Pluralität und Nachhaltigkeit ein und verstehen sich als Avantgarde, die meinungsstark einen an diesen

Idealen orientierten gesellschaftlichen Wandel vertritt oder sogar fordert. Humanist:innen sind an ähnlichen Werten orientiert, treten aber sehr viel moderater auf. Anders als die hedonistisch eingestellten Idealist:innen stellen sie ihre eigenen Bedürfnisse zurück – Bescheidenheit ist für sie ein wichtiger Wert. Materialist:innen legen hingegen Wert auf Wohlstand und Konsum – sie möchten sich etwas leisten können und auf niemanden angewiesen sein. Für Beziehungsorientierte zählt vor allem die Geborgenheit sozialer Beziehungen – Zugehörigkeit ist für sie wertvoller als individuelle Entfaltungsmöglichkeiten. Sicherheitsorientierte legen Wert auf die Bewahrung bewährter Zusammenhänge und Strukturen. Für das Gemeinwohl, das in einem solchen sicheren Umfeld fußt, übernehmen sie gerne Verantwortung. Leistungsorientierten sind Erfolg und Anerkennung sehr wichtig – dabei sind sie konservativ eingestellt, Traditionswahrung und ein ethisch einwandfreies Verhalten haben für sie einen hohen Wert. Selbstverwirklicher:innen sind darauf ausgerichtet, sich als Individuum stetig weiterzuentwickeln. Sie orientieren

Sieben Wertemilieus in Deutschland



	kreative Idealist:innen	bescheidene Humanist:innen	individualistische Materialist:innen	unbeschwerte Beziehungsmenschen	sicherheitsorientierte Konservative	leistungsorientierte Macher:innen	unkonventionelle Selbstverwirklicher:innen
Werthaltungen	Gleichheit Pluralität Umweltschutz Hedonismus idealistisch meinungsstark unkonventionell kreativ	Gleichheit Pluralität Umweltschutz Bescheidenheit moderat zurückhaltend konventionell pragmatisch	Konsum Wohlstand Autonomie misstrauisch pessimistisch	Zugehörigkeit Geborgenheit unbeschwert risikobereit	Sicherheit Loyalität Gemeinwohl konservativ fürsorgend	Leistung Einfluss Anerkennung konservativ traditionell optimistisch	Selbstverwirklichung Veränderung unkonventionell spirituell konsumkritisch
typische soziale Merkmale	18–29 Jahre weiblich Akademiker:innen ohne Partei	50+ weiblich Akademiker:innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	40–49 Jahre männlich höheres Einkommen selbstständig areligiös AfD	18–29 Jahre niedrige Bildung CDU, SPD, auch AfD	50+ SPD, DIE LINKE, FDP	unter 40 Jahre männlich hohes Einkommen religiös CDU	60+ geringes Einkommen konfessionslos DIE LINKE
	15 %	17 %	9 %	15 %	16 %	14 %	14 %

Die Prozentwerte geben den Anteil des jeweiligen Milieus in unserer Stichprobe an.
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

sich an postmateriellen Werten und lehnen ein an materiellen Gütern und Konsum orientiertes Leben ab.

Die sieben Wertemilieus sind in Deutschland etwa gleich stark und quer durch die Gesellschaft in allen Alters-, Bildungs- und Einkommensschichten vertreten. Es lassen sich aber auch Zusammenhänge mit sozioökonomischen Merkmalen ausmachen. Diese tragen dazu bei, die Wertemilieus näher zu charakterisieren. Eine ausführliche Beschreibung der Wertemilieus und der Methodik findet sich in El-Menouar (2021: 13–21) und soll daher an dieser Stelle nicht wiederholt werden.

1.2 Klimawandel, Zusammenleben in Vielfalt und Gerechtigkeit

In der hier vorliegenden Studie wenden wir das analytische Werkzeug dieser sieben Wertemilieus an, um drei Themenkomplexe etwas genauer zu beleuchten, in denen Werthaltungen eine zentrale Rolle spielen. Wir untersuchen die Auseinandersetzung um den Klimawandel, die Debatte um das Zusammenleben in kultureller Vielfalt und den Streit um Gerechtigkeit. Wie man zu jedem dieser drei Themen steht, hängt eben nicht nur von der sozialen Lage, dem Geschlecht oder der kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit ab. Auch unterschiedliche Werthaltungen spielen hierbei eine entscheidende Rolle.

Das zeigt sich beispielsweise bei der Frage, ob zur Bekämpfung des Klimawandels jetzt ein radikaler Kurswechsel dringend nötig ist oder nicht. Die dahinterliegenden Werthaltungen lassen erkennen, dass die Bevölkerung keineswegs nur in zwei große Lager gespalten ist, die sich konfrontativ gegenüberstehen, sondern es werden unterschiedliche Facetten erkennbar. In eben diesem Meinungsspektrum liegen Ansatzpunkte für konstruktiven Streit und lösungsorientierte Verständigung.

1.3 Bereitschaft zum Diskurs

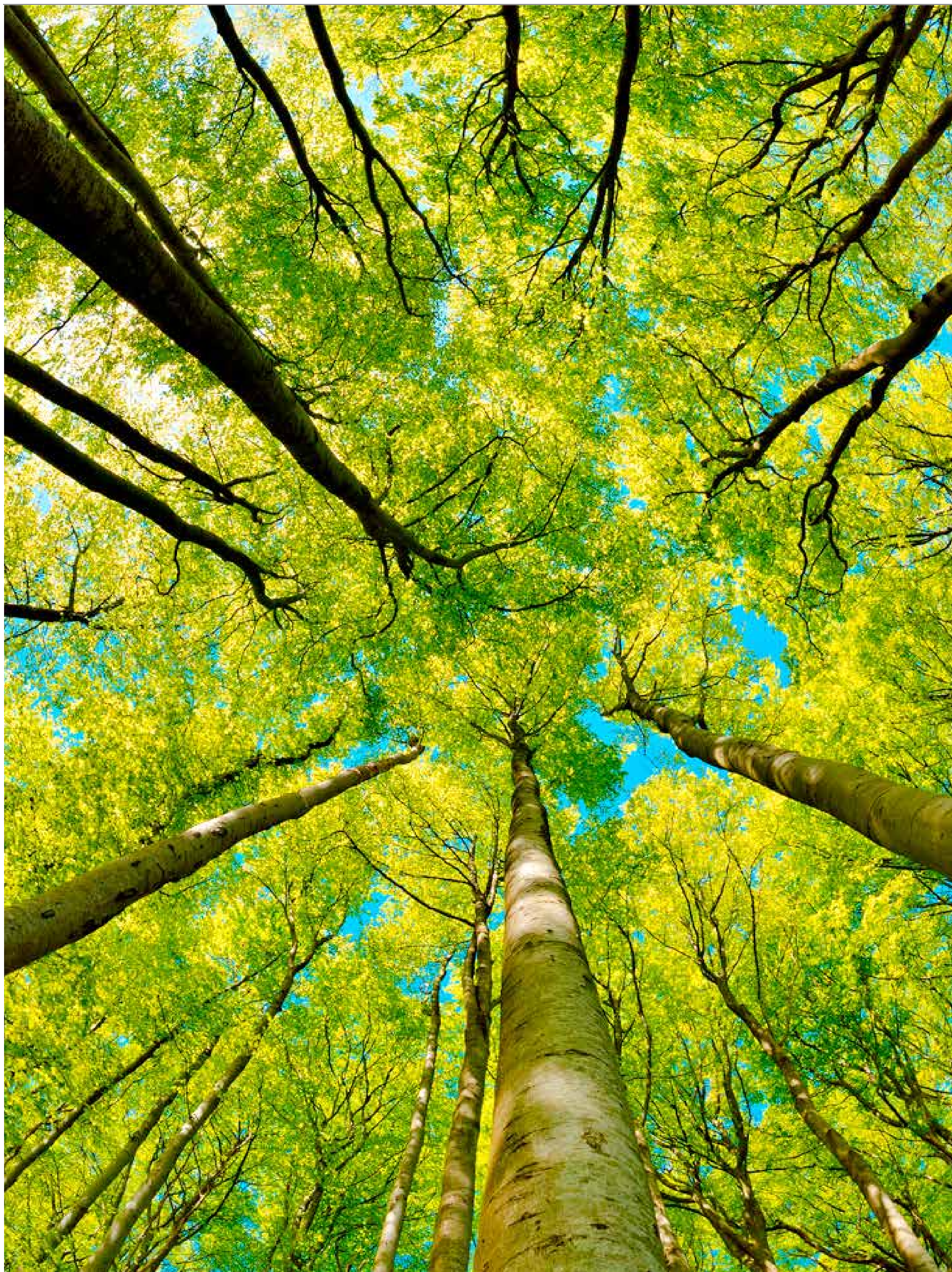
Ergänzend zu den drei Themenfeldern, denen wir uns in dieser Studie widmen, betrachten wir, als wie homogen beziehungsweise heterogen die unterschiedlichen Wertemilieus ihr eigenes Umfeld und Deutschland insgesamt ansehen. Daran anschließend untersuchen wir, wie groß das Potenzial für eine offene Debatte zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Milieus ist. Denn eines ist klar: Wenn wir als Gesellschaft insgesamt nicht bereit sind, über die Grenzen des jeweiligen Milieus hinweg miteinander zu diskutieren, drohen die Fronten zu verhärten.

1.4 Methodik der Studie

Grundlage der hier vorliegenden Studie ist eine Befragung von 1.012 Personen ab 18 Jahren im November 2020 durch das Norstat Institut im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Es handelt sich um eine nicht randomisierte Quotenstichprobe; sie ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren nach Alter, Geschlecht und Bundesland. Die Stichprobe wurde anhand eines Online-Access-Panels gezogen. Die Panel-Teilnehmer:innen sind dabei sowohl online als auch offline im Rahmen von repräsentativen Telefonbefragungen rekrutiert worden. Durch eine Reihe von unterschiedlichen Rekrutierungsmethoden wurden Verzerrungen minimiert. Hochgebildete sind in der Stichprobe jedoch überrepräsentiert.

1.5 Aufbau der Studie

Die Studie gliedert sich in fünf Abschnitte, wobei sich die direkt anschließenden drei Abschnitte jeweils einem Themenkomplex widmen: Klimawandel, Zusammenleben in Vielfalt sowie Gerechtigkeit. In jedem dieser Abschnitte betrachten wir, wie sich die Perspektiven auf die zentralen Fragestellungen in dem jeweiligen Themenfeld anhand der Wertemilieus ausdifferenzieren. Parallel wird überprüft, ob soziodemografische Faktoren ebenfalls einen Effekt auf die Einstellungen zu den genannten Themen haben. Im vierten Abschnitt beleuchten wir die Frage, wie groß die Offenheit für einen Austausch mit anderen Meinungen und Haltungen in den sieben Wertemilieus ausgeprägt ist. Das abschließende Kapitel fasst die Ergebnisse zusammen und leitet daraus Handlungsempfehlungen ab.



2. Haltungen zum Klimaschutz

Das richtungsweisende Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (2021) hat die zentrale Bedeutung des Klimaschutzes für den Zusammenhalt der Gesellschaft eindrücklich unterstrichen. Die Klimapolitik muss nun im Sinne des Staatsziels „Schutz der Lebensgrundlagen“ (Artikel 20a des Grundgesetzes) konsequenter gestaltet werden, um die jüngere Generation in ihren Freiheitsrechten nicht unverhältnismäßig zu beeinträchtigen.

Seit etwa 2018 hat der Klimaschutz in den öffentlichen Debatten in Deutschland wieder eine deutlich prominentere Rolle eingenommen. Gründe dafür dürften die ungewöhnlich trockenen Jahre 2018 und 2019 und die in Deutschland besonders präsente „Fridays for Future“-Bewegung sein. Auch die Umfragen belegen, dass der Klimaschutz für die Deutschen deutlich an Bedeutung gewonnen hat. In der jüngsten Umfrage des Bundesumweltamtes von 2019 stuften 68 Prozent der Befragten das Thema als sehr wichtige Herausforderung ein (Schipperges 2020). Drei Jahre zuvor waren es noch 53 Prozent. Klimaschutz liegt damit inzwischen gleichauf mit den beiden anderen Top-Themen Bildung (65 Prozent) und soziale Gerechtigkeit (63 Prozent). Auch wenn die öffentliche Wahrnehmung des Klimaschutzes gegenwärtig durch den Fokus auf die Corona-Pandemie überlagert wird, kann von einem ausgeprägten gesellschaftlichen Problembewusstsein in Bezug auf den Klimawandel und deren Folgen ausgegangen werden.

Um den Klimawandel nachhaltig aufhalten zu können, sind, so resümiert es der letzte Weltklimabericht (IPPC 2018), tiefgreifende Veränderungen in allen Gesellschaftsbereichen notwendig. Derartige Maßnahmen müssen von der Breite der Bevölkerung getragen sein. Trotz des inzwischen verbreiteten Bewusstseins hinsichtlich der Folgen des Klimawandels werden in der Debatte über die daraus erwachsenden Handlungskonsequenzen sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Während die einen radikale Maßnahmen etwa im Verkehrssektor und in der Energieversorgung fordern, gehen andere davon aus, dass sich die Natur auch ohne Eingreifen des Menschen regenerieren kann. Wiederum andere sind der Meinung, der technologische Fortschritt werde die Umweltprobleme lösen können, ohne dass dies die Lebensgewohnheiten der Menschen berühren muss.

Insofern kommt es nicht nur darauf an, dass der Klimawandel als Problem erkannt wird. Was zählt, ist zugleich die Bereitschaft der Bürger:innen, politische Maßnahmen mitzutragen, die mit tiefgreifenden Veränderungen im Alltag jeder und jedes Einzelnen einhergehen. Die Politik ist somit herausgefordert, nicht nur wirkungsvolle Maßnahmen zu entwickeln, sondern auch die Bevölkerung bei deren Durchsetzung mitzunehmen.

Um die unterschiedlichen Haltungen zum Klimawandel zu erfassen, haben wir drei unterschiedliche Positionen abgefragt, die sich in ihrer Besorgnis hinsichtlich des Klimawandels sowie in der darauf basierenden Veränderungsbereitschaft unterscheiden.

Erhoben wurde der Grad der Zustimmung zu folgenden drei Aussagen:

- Es müssen keine großen Anstrengungen unternommen werden, weil der Klimawandel ein natürliches Phänomen ist und die Natur sich selbst regeneriert.

- Mit zunehmendem technologischem Fortschritt werden wir auch den Klimawandel bewältigen, ohne dass wir unser Leben groß ändern müssen.
- Um den Klimawandel zu bewältigen, brauchen wir in Deutschland tiefgreifende gesellschaftliche und soziale Veränderungen.

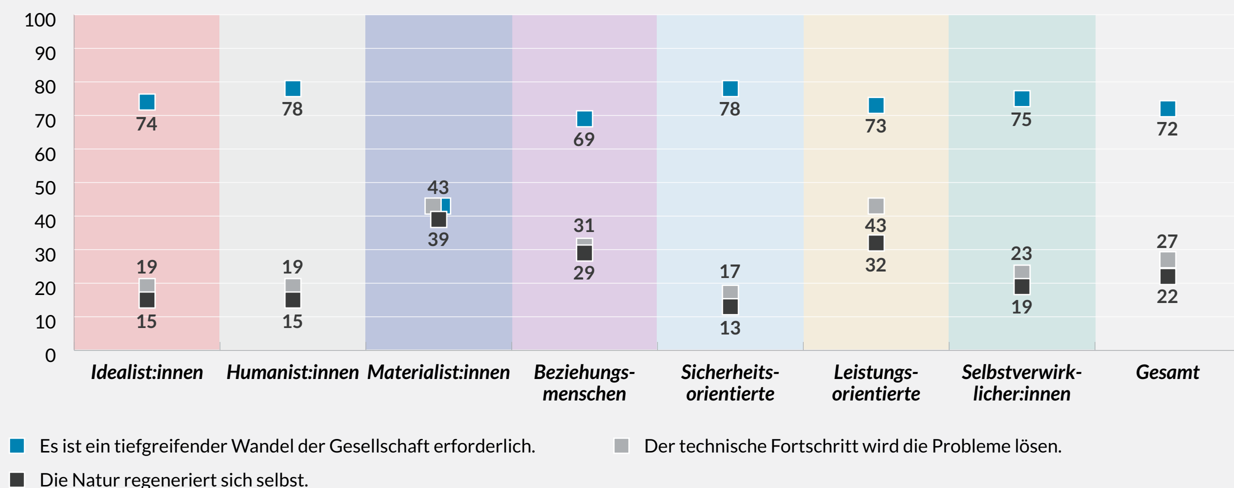
2.1 Handeln oder abwarten? Der Einfluss von Wertorientierungen

Studien zufolge sind es vor allem Werthaltungen und Weltanschauungen sowie politische Orientierungen, die Einstellungen zum Klimaschutz beeinflussen (Hoffman 2015; Hornsey 2016; Droste und Wendt 2021). Im Folgenden analysieren wir daher die Zustimmung der sieben Wertemilieus zu den oben genannten drei Positionen und überprüfen, inwieweit sie sich in Bezug auf Haltungen zum Klimawandel unterscheiden.

Insgesamt sind 22 Prozent der Befragten – also mehr als jede:r Fünfte – der Meinung, der Klimawandel sei ein natürliches Phänomen und könne sich daher selbst regenerieren. Die sieben Wertemilieus unterscheiden sich dabei teils deutlich in ihrer Einschätzung: Während es unter Humanist:innen, Idealist:innen und Sicherheitsorientierten gerade einmal 15 Prozent oder weniger sind, die an die Resilienz der Natur glauben, beträgt dieser Anteil unter Beziehungsmenschen und Leistungsorientierten rund 30 Prozent – und unter Materialist:innen denken mit 39 Prozent sogar zwei von fünf so. Die größte Diskrepanz ist mit einer Zustimmungsdifferenz von 26 Prozentpunkten zwischen Sicherheitsorientierten und Materialist:innen festzustellen.

Etwas höher ist der Anteil derer, die der Meinung sind, der technologische Fortschritt werde die Probleme des Klimawandels lösen, ohne dass wir als Gesellschaft unser Leben verändern müssen. Insgesamt stimmt mit 27 Prozent mehr als jede:r vierte Befragte dieser Aussage zu. Die geringste Zustimmung findet

ABBILDUNG 1 **Sieben Wertemilieus und ihre Einstellungen zum Klimawandel** (Zustimmung in Prozent)



- Es ist ein tiefgreifender Wandel der Gesellschaft erforderlich.
- Der technische Fortschritt wird die Probleme lösen.
- Die Natur regeneriert sich selbst.

Zustimmung (stimme voll und ganz zu / stimme eher zu) in Prozent zu den drei Aussagen „Es müssen keine großen Anstrengungen unternommen werden, weil der Klimawandel ein natürliches Phänomen ist und die Natur sich selbst regeneriert", „Mit zunehmendem technologischem Fortschritt werden wir auch den Klimawandel bewältigen, ohne dass wir unser Leben groß ändern müssen", „Um den Klimawandel zu bewältigen, brauchen wir in Deutschland tiefgreifende gesellschaftliche und soziale Veränderungen".
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

sich dabei unter Sicherheitsorientierten mit einem Anteil von rund 17 Prozent; vergleichsweise hohe Zustimmung finden sich wiederum unter Leistungsorientierten und Materialist:innen: In beiden Wertemilieus sind es mit jeweils 43 Prozent recht große Anteile, die bei der Bewältigung des Klimawandels auf den technischen Fortschritt setzen.

Insgesamt gibt es aber einen breiten Konsens, dass der Klimawandel nicht ohne einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und sozialen Wandel bewältigt werden kann: Mit 72 Prozent sind fast drei Viertel der Befragten dieser Meinung. Im Vergleich der sieben Wertemilieus fällt der Konsens aber teilweise weniger eindeutig aus. Die Materialist:innen zeigen die geringste Veränderungsbereitschaft: 43 Prozent der Befragten in diesem Milieu bejahen die Notwendigkeit eines Wandels; damit ist diese Meinung hier nicht mehrheitsfähig. Das ist in keinem anderen Wertemilieu der Fall. Die Diskrepanz zu den Humanist:innen und Sicherheitsorientierten, die die größte Dringlichkeit des Handelns sehen, ist mit 35 Prozentpunkten besonders drastisch.

In der Zusammenschau lässt sich festhalten, dass vor allem Materialist:innen den Konsens nicht mittragen, dass ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel nötig ist, um den Klimawandel aufzuhalten. Sie glauben entweder an die Regenerationskraft der Natur oder setzen auf den technologischen Fortschritt, sind aber vergleichsweise wenig bereit, klimapolitisch motivierte gesellschaftliche Veränderungen mitzutragen. Die gegenteilige Haltung verkörpern die Sicherheitsorientierten: Hier ist die Bereitschaft zu tiefgreifenden Maßnahmen besonders stark ausgeprägt und nur wenige glauben an eine sich selbst regenerierende Natur oder technologische Wege zur Bewältigung des Klimawandels. Das liegt auf den ersten Blick nicht nahe, da die sicherheitsorientierte Werthaltung sich eher durch ein Festhalten an Bestehendem und Konservatismus auszeichnet. Aber gerade dieser Wunsch nach Bewahrung und die Sorge, dass die natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten langfristig zerstört werden könnten, scheinen hier eine ausgeprägte Veränderungsbereitschaft zu aktivieren.

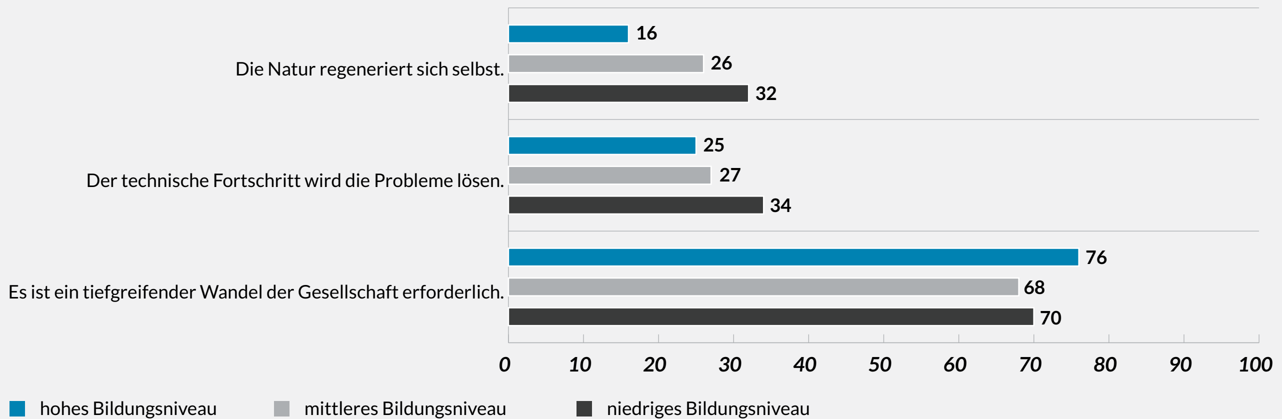
Weniger überraschend ist die nach vorne gerichtete, veränderungsbereite Haltung unter den Humanist:innen und Idealist:innen. Eine höchst ambivalente Haltung vertreten dagegen die Leistungsorientierten, die sich durchaus im Klaren darüber sind, dass der Klimawandel ohne tiefgreifende Veränderungen im Alltag jeder und jedes Einzelnen kaum aufzuhalten sein wird. Dennoch setzen sie zugleich darauf, dass der technologische Fortschritt oder aber die Natur selbst eine Lösung herbeiführen wird, was es ihnen erlaubt, solange es geht am Status quo festzuhalten.

2.2 Eine Frage der Generation? Die Rolle soziodemografischer Merkmale

Die Aufmerksamkeit, die die „Fridays for Future"-Bewegung erfährt, hat den Eindruck hinterlassen, Klimawandel und Klimaschutz bewegten vor allem die jüngeren Generationen in Deutschland. Die Ergebnisse unserer Studie zeigen jedoch, dass das Alter bei der Wahrnehmung des Klimawandels und der Bereitschaft zu tiefgreifenden Veränderungen keine signifikante Rolle spielt. In der Gruppe der 16- bis 29-Jährigen sind mit 79 Prozent zwar mehr Menschen als im Durchschnitt (72 Prozent) der Meinung, dass tiefgreifende Veränderungen nötig sind. Aber auffällige Differenzen zwischen den Generationen zeigen sich nicht. Klimaschutz ist offenbar ein Anliegen, das alle Altersgruppen verbindet.

Die Betrachtung weiterer sozioökonomischer Faktoren lässt erkennen, dass einzig der Bildungsgrad einen signifikanten, aber mäßigen Effekt auf die Haltungen zum Klimawandel hat. So sind Befragte mit einem niedrigen Bildungsniveau eher der Meinung, die Natur könne sich selbst regenerieren (32 Prozent). Unter Befragten mit Hochschulreife halbiert sich dieser Anteil und beträgt nur noch 16 Prozent. Unter den Niedriggebildeten setzen zudem mit 34 Prozent überdurchschnittlich viele auf den technischen Fortschritt. Höher Gebildete sind zudem eher der Meinung, dass ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel erforderlich ist (76 Prozent). In der Gruppe mit

ABBILDUNG 2 **Einstellungen zum Klimawandel nach Bildungsniveau** (Zustimmung in Prozent)



Niedriges Bildungsniveau entspricht max. Hauptschulabschluss, mittleres Bildungsniveau reicht von mittlerer Reife bis Fachhochschulreife und hohes Bildungsniveau umfasst Hochschulreife bzw. Abitur.
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

mittlerem Bildungsgrad liegt dieser Anteil bei 68 Prozent, unter den Niedriggebildeten bei 70 Prozent.

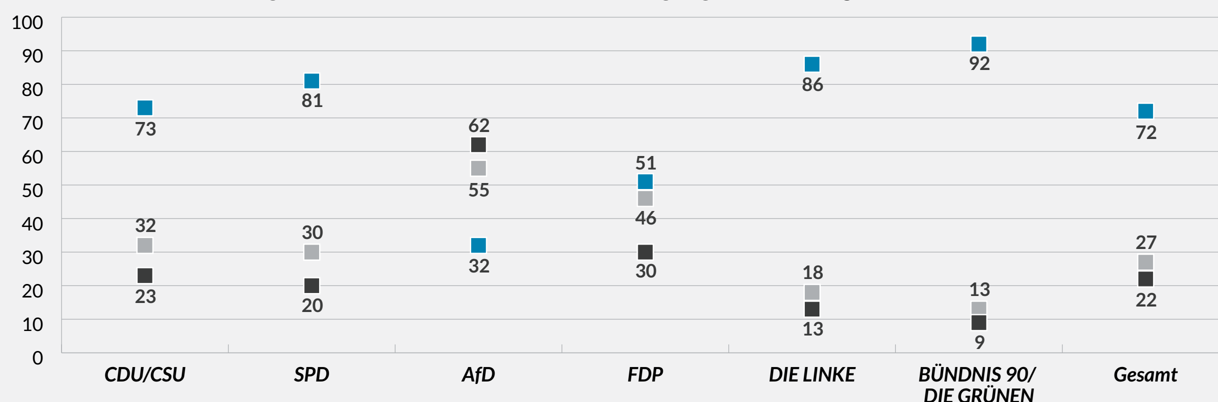
Offenbar fördert ein höherer Bildungsgrad eine differenziertere Auseinandersetzung mit den komplexen Zusammenhängen der globalen Erderwärmung. Auf der anderen Seite spricht die relativ hohe Zustimmung in allen Bildungsgruppen dafür, dass Aufklärungskampagnen, die die Klimafolgen allgemein verständlich erläutern, auch weniger Informierte erreichen können.

Insgesamt zeigen die Analysen jedoch, dass der Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Haltungen zum Klimaschutz eher gering ist. Damit bestätigen die Ergebnisse dieser Untersuchung die Befunde anderer Studien zum Thema (Poortinga et al. 2018; Droste und Wendt 2021).

2.3 Relativ breiter Konsens – der Einfluss von Parteipräferenzen

In den öffentlichen Debatten der letzten Jahre wurde der Klimaschutz vor allem als Anliegen des linken politischen Spektrums eingeordnet und insbesondere mit der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verbunden. Dass sich dies inzwischen deutlich verändert hat, lässt auch eine Aufschlüsselung unserer Studienergebnisse nach Parteineigung erkennen. Demnach spielt das Thema Klimaschutz, wenig überraschend, vor allem für Anhänger:innen der GRÜNEN eine zentrale Rolle – von ihnen sind 92 Prozent der Meinung, dass es tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen bedarf, um den Klimawandel aufzuhalten. Hier kommen auch Erwartungen an die Politik zum Ausdruck. Unter den Anhängerinnen und Anhängern der Partei DIE LINKE (86 Prozent) – aber auch der SPD (81 Prozent) – sind die Werte ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Selbst Befragte, die der CDU/CSU zugeneigt sind, sprechen sich mit großer Mehrheit (73 Prozent) für Veränderungen und damit konsequentes politisches Handeln aus. Aus diesem relativ parteiübergreifenden Konsens fallen vor allem Anhänger:innen der AfD heraus: Von ihnen zeigt nicht einmal ein Drittel eine grundlegende Veränderungsbereitschaft, dem Klimawandel zu begegnen. Das entspricht der Rhetorik der Partei, die den menschengemachten Klimawandel in Zweifel zieht und ihren Wählerinnen und Wählern vermittelt, dass sie ihren gewohnten Lebensstil nicht ändern müssen. Folglich finden hier die Haltung, die Natur könne sich selbst regenerieren, und der Glaube an den technologischen Fortschritt viel Zuspruch.

ABBILDUNG 3 **Einstellungen zum Klimawandel nach Parteineigung** (Zustimmung in Prozent)



■ Es ist ein tiefgreifender Wandel der Gesellschaft erforderlich. ■ Der technische Fortschritt wird die Probleme lösen.
■ Die Natur regeneriert sich selbst.

Zustimmung (stimme voll und ganz zu / stimme eher zu) in Prozent zu den drei Aussagen „Es müssen keine großen Anstrengungen unternommen werden, weil der Klimawandel ein natürliches Phänomen ist und die Natur sich selbst regeneriert", „Mit zunehmendem technologischem Fortschritt werden wir auch den Klimawandel bewältigen, ohne dass wir unser Leben groß ändern müssen" und „Um den Klimawandel zu bewältigen, brauchen wir in Deutschland tiefgreifende gesellschaftliche und soziale Veränderungen".
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

| BertelsmannStiftung

Eine mittlere und tendenziell gespaltene Position nehmen Befragte ein, die der FDP zuneigen. Rund die Hälfte von ihnen sieht tiefgreifende Veränderungen als erforderlich an; die andere Hälfte setzt hingegen auf technologischen Fortschritt zur Bewältigung der Klimakrise und zeigt eine geringe Veränderungsbereitschaft. Auch diejenigen, die den Klimawandel für ein natürliches Phänomen halten und davon ausgehen, die Natur werde sich selbst regenerieren, sind unter den FDP-Anhängerinnen und -Anhängern mit 30 Prozent vergleichsweise stark vertreten.

Eine genauere Analyse der FDP-Anhänger:innen, die eine tiefgreifende ökologische Modernisierung befürworten, lässt zudem erkennen, dass nicht alle das Gleiche damit meinen. Rund die Hälfte von ihnen versteht unter dem geforderten gesellschaftlichen Wandel eben jenen technologiegetriebenen Innovationsprozess und sieht somit zwischen beiden Antwortmöglichkeiten keinen grundsätzlichen Widerspruch.



3. Zusammenleben in Vielfalt

Globalisierung und Zuwanderung haben in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen, dass Deutschland vielfältiger geworden ist: Hier leben Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und religiöser Überzeugungen, unterschiedlicher Herkunft und kultureller Traditionen zusammen. Diese Vielfalt wird zunehmend als gesellschaftliche Normalität anerkannt. Das belegt etwa der jüngste Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt, der eine Zunahme der Akzeptanz von Diversität in den Jahren 2017 bis 2020 feststellt (Brand, Follmer und Unzicker 2020). Die Ergebnisse einer aktuellen Studie des Pew Research Center (Silver et al. 2021) zeigen, dass die Deutschen ihre nationale Identität immer weniger restriktiv verstehen. In Deutschland halten es heute nur noch 25 Prozent der Befragten für notwendig, tatsächlich im Land geboren zu sein, um deutsch zu sein; 2016 waren es noch 34 Prozent. Zugleich ist die Offenheit für Veränderungen gestiegen: 59 Prozent der Befragten stimmen inzwischen der Aussage zu, dass Deutschland in Zukunft besser dastehen wird, wenn das Land in seinen Traditionen und Lebensformen offen für Veränderungen ist.

Ergebnisse des Religionsmonitors zum Zusammenleben in kultureller Vielfalt (Benoit, El-Menouar und Helbling 2018) bestätigen diese Befunde. Sie belegen, dass sich die Vorstellungen der Menschen über ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt im Generationenverlauf verändern. So wünschen sich die unter 25-Jährigen in Deutschland, egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte, bereits heute mehrheitlich (55 Prozent) ein stärkeres Zusammenwachsen der Kulturen. Insgesamt spricht sich allerdings lediglich rund ein Drittel der Befragten für ein Zusammenwachsen aus, und es dominiert mit 52 Prozent die Vorstellung, dass sich die Eingewanderten kulturell an die Mehrheit anpassen.

In der vorliegenden Befragung haben wir diesen letzten Aspekt weiter differenziert und danach gefragt, inwieweit die kulturelle Anpassung mit der Vorstellung einer Leitkultur als Maßstab verbunden wird. Außerdem analysieren wir genauer, welche Rolle persönliche Werthaltungen bei den Vorstellungen eines gelingenden Zusammenlebens spielen.

Die Befragten konnten den folgenden Aussagen auf einer vierstufigen Skala „voll und ganz", „eher", „eher nicht" oder „gar nicht" zustimmen:

- Gesetze alleine reichen nicht. Unsere deutschen Traditionen, die deutsche Kultur sollte Richtschnur sein für alle.
- Zu viel Vielfalt gefährdet den Zusammenhalt.
- Vielfalt sollte vornehmlich aus dem westlichen Kulturkreis kommen.
- Solange sich alle im Rahmen des Grundgesetzes bewegen, kann ein Zusammenleben in Vielfalt gelingen.
- Wenn wir uns auf für alle verbindliche Regelungen einigen können, haben wir eine gute Grundlage für gesellschaftliche Vielfalt.
- Wir müssen offen sein für die Vielfalt der Menschen, ihre Herkunft, Kultur und Religion, und darauf Rücksicht nehmen. Es kommt auf Respekt und Anerkennung an.

Für die Auswertung wurden jeweils drei dieser Aussagen zu einem Index zusammengefasst: Ein Index (gebildet aus den ersten drei Aussagen) misst den

ABBILDUNG 4 **Vier Vorstellungen von Zusammenleben in Vielfalt**

		Zustimmung zu einer leitkulturellen Anpassung	
		–	+
Zustimmung zu einem offenen Vielfaltsverständnis	+	Offenheit für breite Vielfalt	Offenheit für eingeschränkte Vielfalt
	–	Ablehnung von Vielfalt	Offenheit für angepasste Vielfalt

Quelle: eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

Grad der Zustimmung zu einer leitkulturellen Anpassung. Der zweite Index (gebildet aus den letzten drei Aussagen) liefert die Messgrundlage für ein Verständnis von Vielfalt, dem primär durch das Grundgesetz ein Rahmen gesetzt ist und bei dem es vor allem um gegenseitige Anerkennung und Respekt geht. Durch die Kombination der beiden Indizes in ihren unterschiedlichen Ausprägungen werden vier Vorstellungen von gelingendem Zusammenleben in Vielfalt sichtbar:

1. **Offenheit für breite Vielfalt:** Unterschiedliche religiöse und kulturelle Traditionen werden anerkannt, solange sie sich im Rahmen der Verfassung bewegen. Innerhalb dieses Rahmens gibt es keine Anpassungserwartungen. Gegenseitiger Respekt und wechselseitige Anerkennung werden als Grundpfeiler eines gelingenden Zusammenlebens angesehen.

2. **Offenheit für eingeschränkte Vielfalt:** Hier stellt der grundgesetzliche Rahmen zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für ein gelingendes Zusammenleben dar. Daher wird hier für eine „vertraute" Vielfalt plädiert, die sich an hiesigen Traditionen orientiert und im westeuropäischen Kontext bewegt.

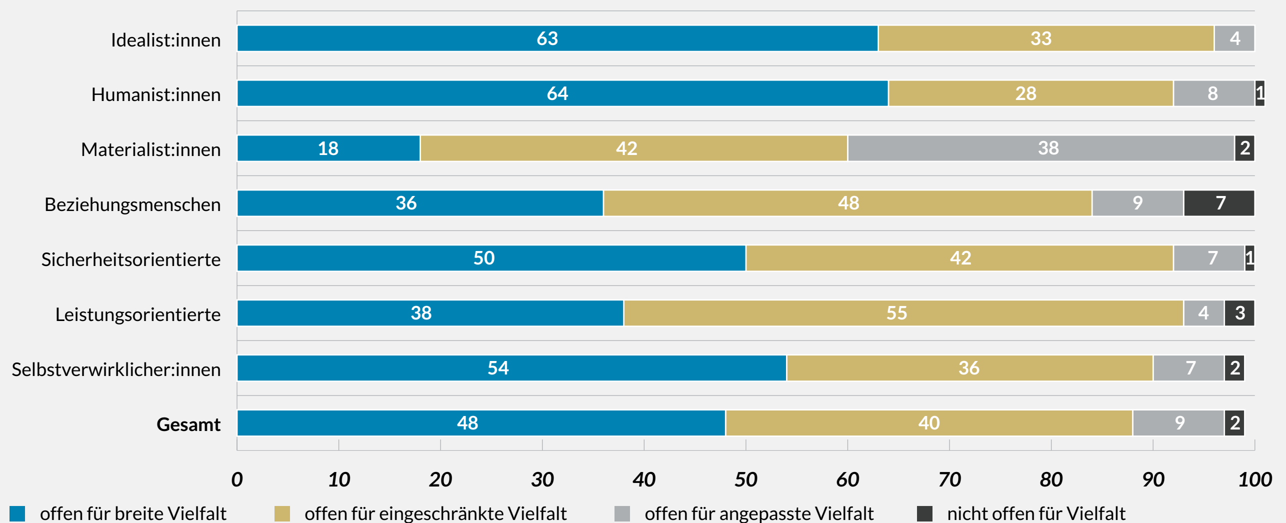
3. **Offenheit für angepasste Vielfalt:** Nach dieser Vorstellung ist nach wie vor eine homogene Gesellschaft das Ideal; allerdings wird dieses nicht mehr ethnisch beziehungsweise mit Abstammungskriterien begründet. Auch Menschen mit Migrationsbezügen können Teil dieser Gesellschaft sein, wenn sie sich an das deutsche Ideal anpassen.

4. **Ablehnung von Vielfalt:** Gesellschaftliche Vielfalt ist in dieser Sichtweise nicht vorgesehen.

Die Ergebnisse zeigen, dass fast die Hälfte (48 Prozent) und damit der größte Teil der Befragten für eine breite Vielfalt offen ist. Dicht darauf folgt die Anerkennung einer eingeschränkten Vielfalt mit einem Anteil von 40 Prozent. Die Vorstellung einer angepassten Vielfalt vertritt nur eine Minderheit (9 Prozent). Verschwindend gering ist mit 2 Prozent der Anteil derer, die sich gegen eine vielfältige Gesellschaft aussprechen. Auch unserer Studie zufolge erkennt also eine große Mehrheit der Menschen hierzulande an, dass Deutschland ein vielfältiges Einwanderungsland ist. Unterschiedliche Meinungen gibt es allerdings in Bezug auf die Frage, was mit dieser Vielfalt gemeint ist und ob die Ausprägung einer vielfältigen Gesellschaft stärker gesteuert werden sollte.

Inwieweit die Wahrnehmung von gesellschaftlicher Vielfalt durch persönliche Werthaltungen geprägt wird, illustriert Abbildung 5. Hier werden zum Teil deutliche Differenzen zwischen den unterschiedlichen Wertemilieus sichtbar.

ABBILDUNG 5 **Sieben Wertemilieus und ihre Offenheit gegenüber kultureller Vielfalt** (in Prozent)



Zu den vier unterschiedlichen Kategorien von Offenheit für Vielfalt und wie sie gebildet wurden siehe S. 19 f., insbesondere Abbildung 4.
Die Werte summieren sich aufgrund von Rundungen nicht in jedem Fall auf 100 Prozent.
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

Wenig überraschend plädieren vor allem die Idealist:innen und Humanist:innen für eine Anerkennung von religiöser und kultureller Diversität; jeweils rund zwei Drittel der Befragten in diesen Gruppen sind offen für eine breite Vielfalt. Aber auch Selbstverwirklicher:innen und Sicherheitsorientierte zeigen sich mehrheitlich offen dafür. Am wenigsten teilen diese Sichtweise die Materialist:innen; von ihnen gehen lediglich 18 Prozent davon aus, dass ein Zusammenleben in Vielfalt gelingen kann, wenn unterschiedlichen Kulturen und Religionen ein möglichst großer Freiraum im Rahmen der Verfassung gewährt wird. Im materialistischen Wertemilieu sind zwei Vorstellungen dominant und fast gleichauf vertreten: zum einen die Überzeugung, dass ein Zusammenleben lediglich in eingeschränkter Vielfalt – also mit Menschen, die zwar unterschiedliche Migrationsbezüge aufweisen, sich aber kulturell recht ähnlich sind – gelingen kann (42 Prozent). Zum anderen sind in diesem Milieu restriktivere Einstellungen zu gesellschaftlicher Vielfalt verbreitet: 38 Prozent sind der Meinung, dass ein Zusammenleben nur gelingen kann, wenn sich Eingewanderte an die hiesige Kultur und Traditionen anpassen. Zu viel Vielfalt schwäche dagegen den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Beziehungsmenschen und Leistungsorientierte stehen einer Offenheit für kulturelle Vielfalt ebenfalls skeptisch gegenüber. Auch sie sind der Meinung, dass eine eingeschränkte Vielfalt besser handhabbar und daher über den gesetzlichen Rahmen hinaus ein Werterahmen im Sinne einer Leitkultur geboten ist.

3.1 Grenzen der Toleranz – das Beispiel Kopftuch

Die dargestellten Befunde machen deutlich, dass es bei der Debatte um gesellschaftliche Vielfalt weniger um eine Entweder-oder-Option geht. Vielmehr lässt sich ein Spektrum an Meinungen ausmachen, innerhalb dessen abgestufte Schwellen von Toleranz unterscheidbar sind. Dies belegen auch die Studien des Religionsmonitors. Insgesamt weisen dessen Ergebnisse darauf hin, dass die Anerkennung von Vielfalt für viele Menschen vor allem bei sichtbar nach außen gelebter Religion deutliche Grenzen findet (Bertelsmann Stiftung 2019).

Ein Beispiel ist das Kopftuch von Musliminnen, über das in Deutschland seit mehr als 20 Jahren gestritten wird. Dabei wird es nur von rund einem Drittel der hier lebenden Musliminnen tatsächlich immer in der Öffentlichkeit getragen (Pfündel, Stichs und Tanis 2021, 119). Trotzdem bildet dieses Stück Stoff eine Projektionsfläche für generelle Vorurteile gegenüber dem Islam. Damit ist das Kopftuch in Deutschland nicht nur zu einem Symbol des Misstrauens gegenüber Muslim:innen geworden, sondern auch ein konkreter Anlass für Diskriminierungen der Frauen, etwa bei der Wohnungs- oder Stellensuche (Weichselbaumer 2016). Einer pauschalen Kritik an der Sichtbarkeit praktizierter Religiosität steht die Überzeugung gegenüber, dass öffentlich gelebte Religion auch Teil der pluralistischen Gesellschaft ist und sein sollte. Sie kann dazu beitragen, dass religiöse Vielfalt stärker als gesellschaftliche Normalität wahrgenommen wird. Insofern wird im Folgenden auch nach den Einstellungen zum islamischen Kopftuch in den unterschiedlichen Wertemilieus gefragt.

Dabei haben wir bewusst auf Debatten zum Kopftuch in der Arbeitswelt Bezug genommen, um den Maßstab relativ hoch anzusetzen. So haben wir danach gefragt, inwieweit aus Sicht der Befragten bei Kindergärtnerinnen in nicht staatlichen[1] Betreuungseinrichtungen das Kopftuch erlaubt sein sollte. Hierbei fallen die Antworten insgesamt, aber auch in den verschiedenen Wertemilieus wenig eindeutig aus.

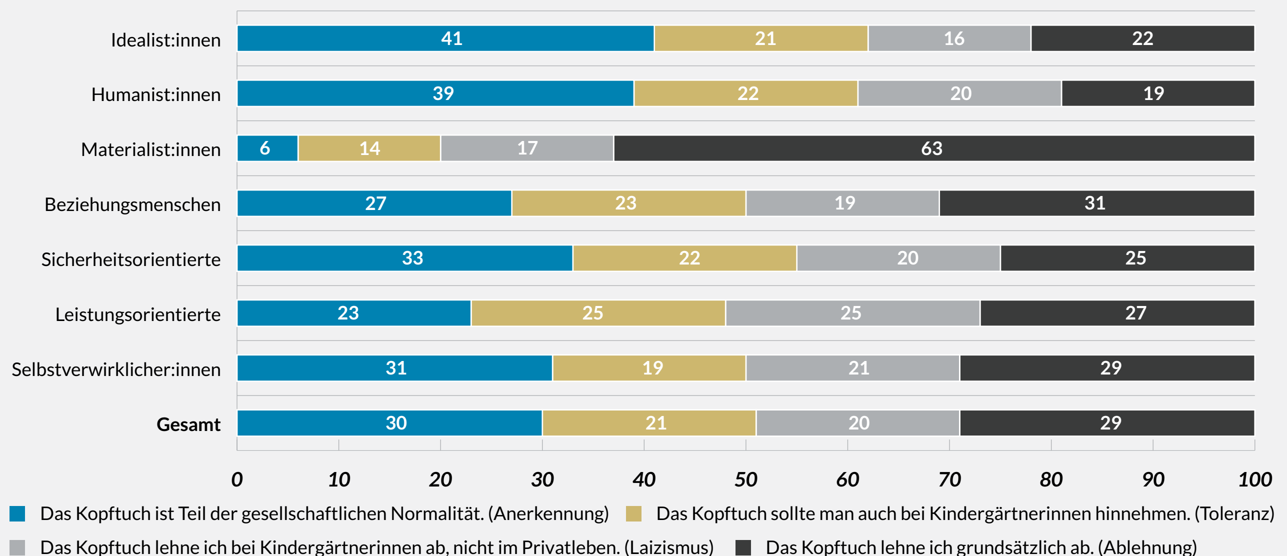
Insgesamt lassen sich die Befragten in zwei relativ gleich große Gruppen teilen, von denen die eine das Kopftuch (eher) befürwortet, die andere es (eher) ablehnt: 29 Prozent lehnen es grundsätzlich ab, und jede:r Fünfte vertritt eine eher laizistische Sichtweise, wonach Kinder in einer Bildungseinrichtung nicht in der Weise mit Religion konfrontiert werden sollten. Auf der anderen Seite plädieren 21 Prozent für eine tolerante Haltung und sind der Meinung, man müsse das Selbstbestimmungsrecht von Frauen akzeptieren und das Kopftuch auch bei Kindergärtnerinnen hinnehmen. Weitere 30 Prozent erkennen das Kopftuch als Teil gesellschaftlicher Normalität auch bei Kindergärtnerinnen an.

Differenziert nach Wertemilieus ergibt sich folgendes Bild: Lediglich die Materialist:innen sprechen sich deutlich gegen das Kopftuch aus; fast zwei Drittel lehnen es grundsätzlich ab und weitere 17 Prozent sind dagegen, dass Kinder in Betreuungseinrichtungen auf diese Weise mit Religion konfrontiert werden. Am ehesten befürwortet wird das Kopftuch von Humanist:innen und Idealist:innen; hier sind jeweils rund 40 Prozent der Meinung, dass in einer offenen Gesellschaft selbstverständlich auch Frauen mit Kopftuch in Kindergärten arbeiten sollten. Etwas mehr als 20 Prozent sagen jeweils, dass das Kopftuch zumindest hinzunehmen ist. In allen anderen Wertemilieus halten sich Ablehnung und Befürwortung die Waage. Die Polarisierung bei dieser Frage lässt sich also nicht allein auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ausmachen, sondern zieht sich durch sämtliche Bevölkerungsgruppen – auch durch Milieus, die grundlegende Wertvorstellungen miteinander teilen.

Während die persönliche Werthaltung eine entscheidende Rolle für die grundsätzliche Offenheit und den Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt spielt, ist vor allem das Alter entscheidend bei der Frage, wie inklusiv das Vielfaltsverständnis in einer offenen Gesellschaft gefasst wird. So sind es insbesondere die jüngsten Befragten, die das Kopftuch auch in Betreuungseinrichtungen befürworten – es also entweder tolerieren oder sogar anerkennen. Insgesamt sprechen sich unter den 18- bis 29-Jährigen drei von vier Befragten für das Kopftuch aus. Vermutlich spielen hierbei persönliche Erfahrungen eine große Rolle. Die jüngere Generation ist in einer vielfältigen Gesellschaft aufgewachsen, in der das islamische Kopftuch längst zum selbstverständlichen Alltag gehört. Auch Altersgenossinnen tragen es, die nicht fremd, sondern beispielsweise Mitschülerin oder Kommilitonin sind. Solche sozialen Kontakte erleichtern es, individuelle Entscheidungen für das Kopftuch nachzuvollziehen und sich von pauschalen Vorstellungen zu lösen.

1 In staatlichen Einrichtungen spielen Fragen der staatlichen Neutralität eine Rolle; um diese beiden Debatten nicht zu vermengen, haben wir hier bewusst nach nicht staatlichen Einrichtungen gefragt.

ABBILDUNG 6 **Sieben Wertemilieus und ihre Haltungen zum Kopftuch bei Kindergärtnerinnen in freien Einrichtungen** (in Prozent)



Die Werte summieren sich aufgrund von Rundungen nicht in jedem Fall auf 100 Prozent.
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

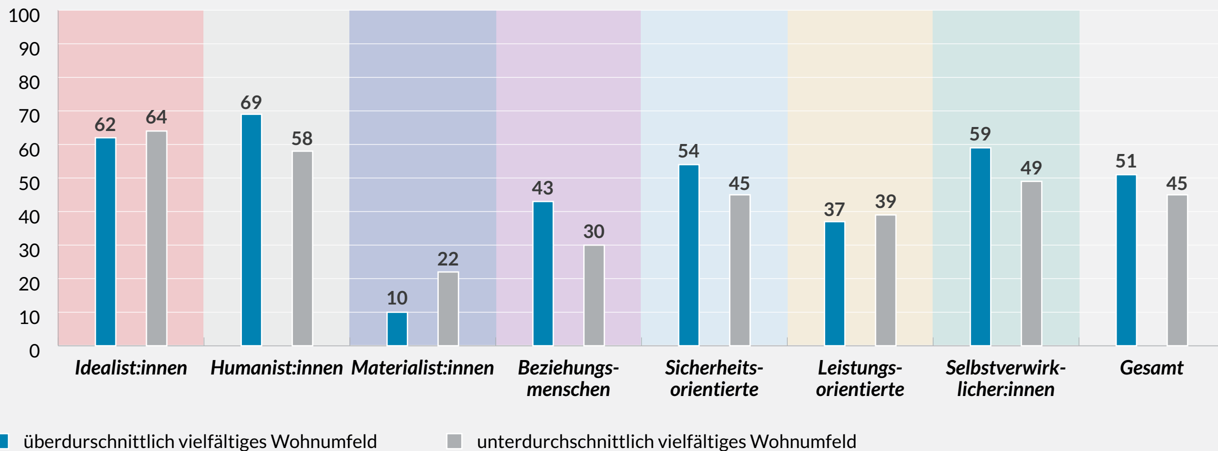
3.2 Vielfältige Nachbarschaft – die Wirkung von Erfahrungen

Dem Einfluss von Erfahrungen wollen wir im Folgenden weiter nachgehen. Eine kürzlich erschienene Studie des Woolf Institute (Hargreaves et al. 2020) zur ethnischen, nationalen und religiösen Vielfalt in England und Wales kommt zu dem Ergebnis, dass die Bewertung gesellschaftlicher Vielfalt stark davon abhängt, ob die eigene Wohngegend vielfältig ist und als vielfältig wahrgenommen wird. Dann fallen die Einstellungen zur gesamtgesellschaftlichen Vielfalt deutlich positiver aus. Die Forscherinnen und Forscher deuten die Ergebnisse dahin gehend, dass freundschaftliche Kontakte in der Nachbarschaft dazu beitragen, Vorurteile abzubauen.

Deswegen richten wir jetzt den Blick auf die Frage, welchen Einfluss die Wahrnehmung der Vielfalt im eigenen Wohnumfeld in den unterschiedlichen Wertemilieus hat. Dafür haben wir die Befragten in zwei Gruppen unterteilt: Die eine umfasst Befragte, die ihr Wohnumfeld als unterdurchschnittlich vielfältig einschätzen; die andere Befragte, die ihr Wohnumfeld als überdurchschnittlich vielfältig einschätzen. Die in Abbildung 7 dargestellten Ergebnisse zeigen, wie sich in den unterschiedlichen Wertemilieus die Offenheit für eine breite Vielfalt (siehe oben) unterscheidet – je nachdem, wie vielfältig ihr Wohnumfeld ist.

Insgesamt wird deutlich, dass die Offenheit für eine breite Vielfalt tatsächlich zunimmt, wenn Befragte ihr persönliches Wohnumfeld als vielfältig erleben – der Anteil steigt von 45 Prozent auf 51 Prozent. Der Blick auf die einzelnen Wertemilieus lässt jedoch erkennen, dass sich dieses Muster nicht gleichermaßen durch alle Milieus zieht. Der beschriebene Effekt zeigt sich vor allem in den Wertemilieus, deren Weltsicht bereits durch eine grundsätzliche Offenheit anderen Menschen und Kulturen gegenüber geprägt ist. So steigt die Zustimmung zu einem weit gefassten Toleranzverständnis unter Humanist:innen, Selbstverwirklicher:innen und auch Sicherheitsorientierten um jeweils rund 10 Prozentpunkte an, wenn sie ihre Werte durch persönliche Erfahrungen im eigenen Umfeld bestätigt sehen. Überraschend ist, dass auch

ABBILDUNG 7 **Offenheit für eine breite Vielfalt nach Vielfalt im eigenen Wohnumfeld** (in Prozent)



Zu den vier unterschiedlichen Kategorien von Offenheit für Vielfalt und wie sie gebildet wurden siehe S. 19 f., insbesondere Abbildung 4.
Die Vielfalt des Wohnumfelds wurde mit folgender Frage erhoben: „Nun zu einem anderen Thema. Deutschland zeichnet sich heute durch eine gesellschaftliche Vielfalt aus. Menschen aus unterschiedlichen Ländern, unterschiedlicher Kultur und Religion leben hier zusammen. Wenn Sie nun an Ihren eigenen Wohnort denken: Wie vielfältig ist Ihr Wohnumfeld?“; Antwortskala: 0 = „gar nicht vielfältig“ bis 10 = „sehr vielfältig“; Kategorien: Befragte, die ihr Wohnumfeld als überdurchschnittlich/unterdurchschnittlich vielfältig bewerten (Abweichungen vom Mittelwert)
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

Beziehungsmenschen deutlich offener für Vielfalt sind, wenn sie diese in ihrem persönlichen Wohnumfeld erleben. Hier steigt der Anteil sogar um 13 Prozentpunkte von 30 auf 43 Prozent an. Dies untermauert erneut, wie wichtig soziale Kontakte und persönliche Erfahrungen gerade für die Einstellungen der Beziehungsmenschen sind. Für sie spielen prinzipielle Werthaltungen eine geringere Rolle bei der Wahrnehmung der Welt.

Anders stellt sich der Zusammenhang von Erfahrungen und Einstellungen zu Vielfalt bei den stark durch Werte getriebenen Idealist:innen und Leistungsorientierten dar. In beiden Milieus spielt die Vielfältigkeit des Wohnumfelds für die Offenheit gegenüber breiter Vielfalt keine Rolle. Das lässt den Schluss zu, dass diese beiden Milieus ihre Haltungen weniger von einzelnen persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen abhängig machen, die ja gleichermaßen positiv wie negativ sein können.

Auch für Materialist:innen spielt die persönliche Werthaltung eine entscheidende Rolle bei der Wahrnehmung von Vielfalt: In diesem Milieu stehen Menschen, die ihr Umfeld als vielfältig bezeichnen, einer breiten Vielfalt noch skeptischer gegenüber. Unter ihnen sinkt der Wert deutlich von 22 auf 10 Prozent.

Diese Befunde untermauern erneut, dass die Werthaltungen persönliche Erfahrungen einordnen und rahmen; Menschen, die ohnehin eine große Offenheit gegenüber Vielfalt mitbringen, fühlen sich durch persönliche Erfahrungen positiv, solche mit einer reservierten Haltung negativ bestärkt. Für Wertemilieus, für die die persönlichen Haltungen stark handlungsleitend sind, bleiben jedoch auf persönliche Erfahrungen abzielende Maßnahmen wirkungslos.

3.3 Bildung als Türöffner – die Rolle sozioökonomischer Faktoren

Alter, Einkommen und auch die Region spielen unseren Analysen zufolge keine signifikante Rolle bei der Frage, wie die Menschen auf das Thema Vielfalt blicken und wie offen sie dafür sind. Allein die Bildung zeigt einen signifikanten Effekt: Mit zunehmender

Bildung wächst der Anteil derjenigen, die sich offen für eine breite Vielfalt zeigen. Unter Befragten mit Hochschulreife vertreten 56 Prozent diese Haltung, unter den Befragten mit niedriger Bildung sind es lediglich 36 Prozent.

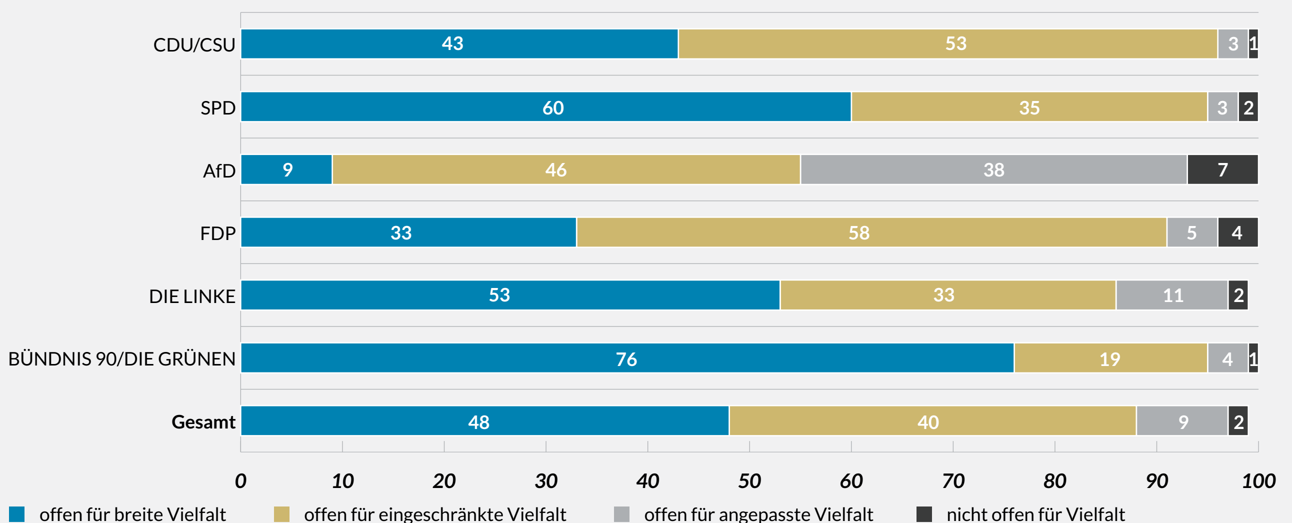
3.4 Liberal ist nicht gleich liberal – der Einfluss von Parteineigungen

Eine Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Parteineigung offenbart deutliche Unterschiede in Bezug auf die Vorstellungen eines Zusammenlebens in kultureller Vielfalt. Die größte Offenheit zeigen Befragte, die den GRÜNEN zuneigen. Unter ihnen teilen rund drei Viertel (76 Prozent) das gesellschaftliche Ideal einer breiten Vielfalt. Mit deutlichem Abstand, aber immer noch mit einem Anteil von 60 Prozent, dominiert diese liberale Vielfaltsvorstellung auch bei Anhängerinnen und Anhängern der SPD. Unter den Befragten mit einer Präferenz für die Partei DIE LINKE ist eine breite Vielfalt ebenfalls mehrheitsfähig (53 Prozent).

Eher ambivalent zeigen sich Personen, die mit der CDU/CSU sympathisieren. Mit einem Anteil von 43 Prozent sind auch hier große Teile offen für eine breite Vielfalt – mit 53 Prozent stimmt aber eine Mehrheit für das Modell einer eingeschränkten Vielfalt. Es ist anzunehmen, dass der Gedanke einer christlich geprägten Leitkultur bei diesen Befragten eine wichtige Rolle spielt. Wenig überraschend ist unter den mit der AfD sympathisierenden Befragten nur eine Minderheit (9 Prozent) offen für eine breite Vielfalt. Mit 38 Prozent findet hier das Modell einer angepassten Vielfalt, die sich an die vorherrschenden Traditionen anpasst, den meisten Anklang. 46 Prozent der AfD-Anhänger:innen sprechen sich für eine eingeschränkte Vielfalt aus.

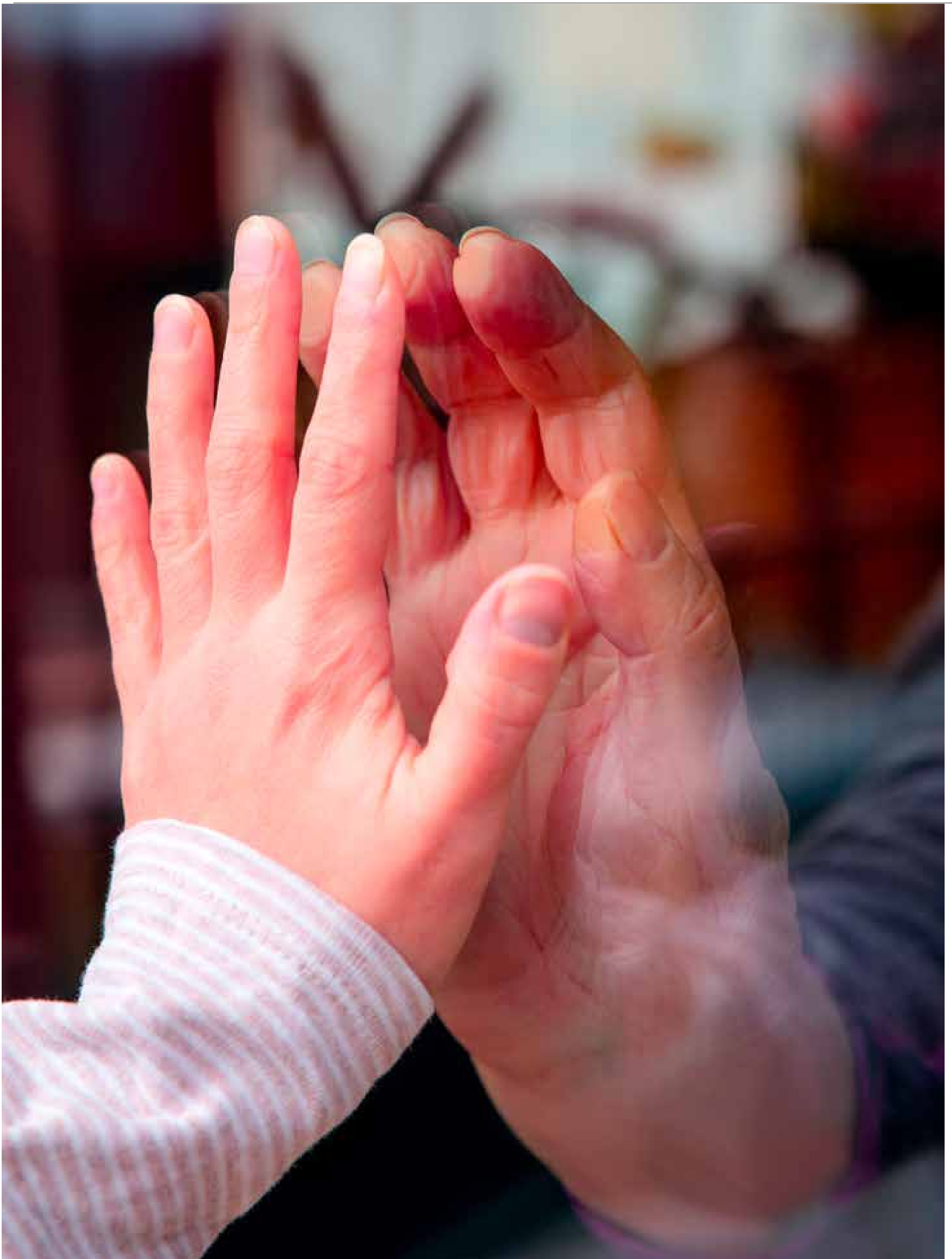
Überraschend ist, dass Anhänger:innen der FDP vergleichsweise wenig offen sind für Vielfalt. Hier stimmt lediglich ein Drittel für eine breite Vielfalt; mit 58 Prozent votiert eine deutliche Mehrheit für eine eingeschränkte Vielfalt, die sich auf den westeuropäischen Raum beschränkt und sich im weiteren Sinne an hierzulande dominierenden Wertvorstellungen und Gebräuchen orientiert.

ABBILDUNG 8 **Offenheit für Vielfalt nach Parteineigung** (in Prozent)



Zu den vier unterschiedlichen Kategorien von Offenheit für Vielfalt und wie sie gebildet wurden siehe S. 19 f., insbesondere Abbildung 4.
Die Werte summieren sich aufgrund von Rundungen nicht in jedem Fall auf 100 Prozent.
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung



4. Vorstellungen von Gerechtigkeit

Die Corona-Pandemie, so heißt es häufig, hat Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zutage treten lassen, die bereits vorher in unserer Gesellschaft existierten. Erste Studien geben Hinweise darauf, dass soziale Ungleichheiten in der Pandemie tatsächlich zugenommen haben (Blom und Möhring 2021; Kohlrausch, Zucco und Hövermann 2020). Unsere Untersuchungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigen zudem bereits seit Jahren, dass das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland eher gering ausgeprägt ist. Beispielsweise fand in der jüngsten Studie aus dem Jahr 2020 annähernd die Hälfte aller Befragten die sozialen Unterschiede im Land ungerecht und mehr als die Hälfte war der Meinung, die wirtschaftlichen Gewinne würden nicht gerecht verteilt (Brand, Follmer und Unzicker 2020). Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und des erhöhten Veränderungsdrucks aufgrund von Klimawandel, Digitalisierung und demografischem Wandel werden Fragen der Gerechtigkeit auch weiterhin von zentraler Bedeutung für ein gelingendes Zusammenleben in Deutschland sein – zumal Ungleichheiten im Zuge dieser Entwicklungen vermutlich eher größer als kleiner werden (Sachs et al. 2020).

Die Feststellung, dass ein beachtlicher Teil der deutschen Bevölkerung die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als ungerecht bewertet, wirft die Frage auf, welche Haltungen zu Gerechtigkeit vorherrschend sind und ob es überhaupt eine allgemein geteilte Vorstellung davon gibt, was eine gerechte Gesellschaft ausmacht. In der Literatur wird häufig auf vier Verteilungsprinzipien zurückgegriffen, um Gerechtigkeitsvorstellungen zu unterscheiden: das Gleichheitsprinzip, das Leistungsprinzip, das Bedarfsprinzip und das Anrechtsprinzip (siehe dazu Sachweh und Sthamer 2016). Das Gleichheitsprinzip fordert eine gerechte Verteilung, damit am Ende alle möglichst den gleichen Wert erhalten. Nach dem Leistungsprinzip ist es gerecht, wenn höhere Leistung zu einem besseren Ergebnis führt, und beim Bedarfsprinzip ist entscheidend, dass jede:r so viel erhält, wie sie beziehungsweise er benötigt. Das vierte Prinzip, das Anrechtsprinzip, fußt darauf, dass Personen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres gesellschaftlichen Status einen Anspruch auf Privilegien haben. In unserer Erhebung haben wir auf vier an diesen Prinzipien orientierten Aussagen zurückgegriffen, die im European Social Survey enthalten sind und sich zur Messung von Gerechtigkeitsvorstellungen bewährt haben (siehe z. B. Adriaans, Eisnecker und Liebig 2019):

- **Gleichheitsprinzip:** Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind.
- **Leistungsprinzip:** Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere.
- **Bedarfsprinzip:** Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben.
- **Anrechtsprinzip:** Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen.

Die Befragten konnten auch diese Aussagen auf einer Viererskala bewerten („stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme gar nicht zu“).

Eine Gesamtschau der Ergebnisse lässt erkennen, dass das Leistungs- und das Bedarfsprinzip den deutlich stärksten Zuspruch erhalten. Dies ist wenig verwunderlich, repräsentieren diese beiden Prinzipien in ihrer Verbindung doch den Kern der Sozialen Marktwirtschaft, die als Gesellschaftsmodell für Deutschland prägend ist. Beiden Prinzipien stimmen 85 beziehungsweise 86 Prozent aller Befragten zu. Etwas weniger Anhänger:innen hat das Gleichheitsprinzip, dem mit 61 Prozent jedoch immer noch eine Mehrheit zustimmt. Dass sich aus der sozialen Stellung besondere Privilegien ableiten lassen, finden gerade einmal 22 Prozent der Befragten.

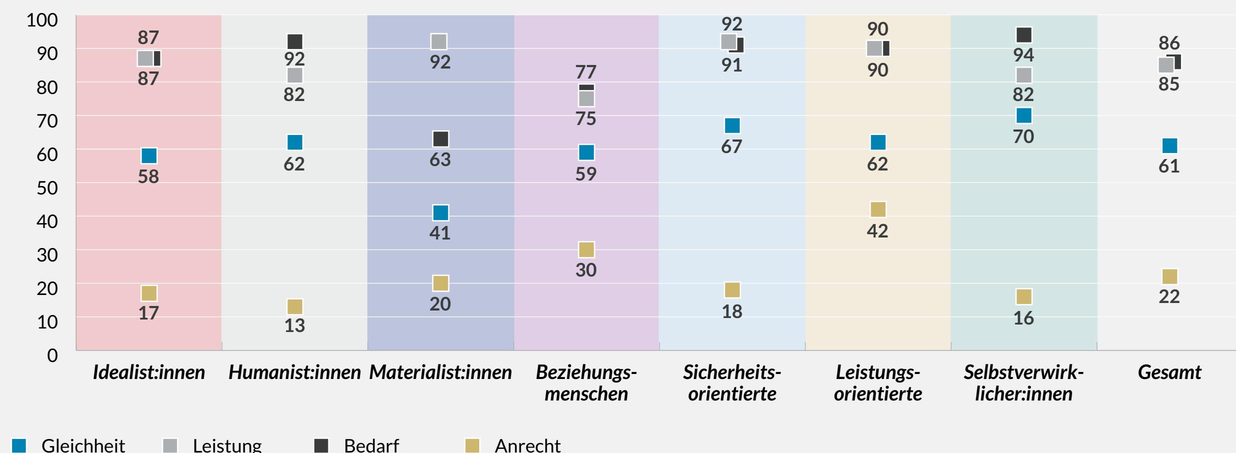
4.1 Relative Übereinstimmung – die Perspektive der Wertemilieus

Differenziert man die Ergebnisse nach den sieben Wertemilieus, so bilden sich auch hier die oben genannten grundlegenden Trends ab: Über alle Wertemilieus hinweg erhalten die Gerechtigkeitsprinzipien Leistung und Bedarf die stärkste Zustimmung, gefolgt vom Gleichheitsprinzip. Am wenigsten Zuspruch findet in allen Wertemilieus das Anrechtsprinzip. In ihren Rangpräferenzen unterscheiden sich die Wertemilieus also zunächst einmal nicht sonderlich. Jedoch gehen die Zustimmungsraten zu den einzelnen Prinzipien je nach Milieu erkennbar auseinander.

Beim Gleichheitsprinzip, das im Durchschnitt 61 Prozent der Befragten teilen, reicht die Spannweite von 41 Prozent Zustimmung unter den Materialist:innen bis 70 Prozent bei den Selbstverwirklicher:innen. Die hohe Zustimmung bei Letzteren und ebenso unter den Sicherheitsorientierten (67 Prozent) und Humanist:innen (62 Prozent) verwundert wenig, sind diese Milieus doch durch ihre Gleichheits- beziehungsweise Gemeinwohlorientierung gekennzeichnet. Überraschend ist hingegen, dass auch die Leistungsorientierten mit 62 Prozent mehrheitlich dieses Prinzip teilen.

Beim Leistungsprinzip, dem 85 Prozent aller Befragten zustimmen, reicht die Spannweite von 92 Prozent Zuspruch unter den Materialist:innen und 91 Prozent bei den Sicherheitsorientierten bis 75 Pro-

ABBILDUNG 9 **Sieben Wertemilieus und ihre Zustimmung zu vier Gerechtigkeitsprinzipien** (in Prozent)



Angegeben ist die Zustimmung (stimme voll und ganz zu / stimme eher zu) in Prozent zu den vier Aussagen „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind" (Gleichheit), „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere" (Leistung), „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben" (Bedarf) und „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen" (Anrecht).
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

zent im Milieu der Beziehungsmenschen. Unter den Leistungsorientierten finden sich mit einem Anteil von 90 Prozent erwartungsgemäß ebenfalls viele Befürworter:innen. Bemerkenswert ist, dass fast die Hälfte der Materialist:innen dem Leistungsprinzip „voll und ganz" zustimmt, während es unter den Leistungsorientierten nicht ganz ein Drittel ist.

Die Diskrepanz zwischen den einzelnen Wertemilieus ist beim Bedarfsprinzip ähnlich groß wie beim Gleichheitsprinzip. Auch hier liegen rund 30 Prozentpunkte zwischen der höchsten Zustimmungsrate von 94 Prozent im Milieu der Selbstverwirklicher:innen und 63 Prozent unter den Materialist:innen. Insgesamt erreicht die Zustimmung in vier der sieben Milieus jedoch 90 Prozent und mehr. Etwas geringer ausgeprägt ist die Zustimmung unter den Beziehungsmenschen (77 Prozent). Auffällig sind beim Bedarfsprinzip die Anteile derjenigen, die dieser Aussage „voll und ganz zustimmen": Während dies bei den Materialist:innen und Beziehungsmenschen weniger als 20 Prozent sind, wählt mehr als die Hälfte der Selbstverwirklicher:innen diese Zustimmungsoption. Hierin kommen womöglich ihre altruistische Grundhaltung sowie ihre Orientierung an Selbstentfaltungswerten zum Ausdruck, wonach die Menschen das erhalten sollen, was sie zu einem glücklichen Leben benötigen.

Gleichheits-, Leistungs- und Bedarfsprinzip werden sowohl im Durchschnitt als auch von allen Wertemilieus mehrheitlich geteilt. Dies ist beim Anrechtsprinzip nicht so. Lediglich 22 Prozent der Befragten insgesamt stimmen diesem Prinzip zu. Unter den Wertemilieus findet sich die höchste Zustimmung bei den Leistungsorientierten, von denen immerhin 42 Prozent der Meinung sind, dass eine Gesellschaft gerecht ist, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen. Den zweithöchsten Zuspruch äußern die Beziehungsmenschen (30 Prozent). Jedoch stimmen selbst von diesen beiden Milieus gerade einmal 8 beziehungsweise 3 Prozent dieser Aussage „voll und ganz" zu.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die unterschiedlichen Milieus in ihrer Bewertung der Gerechtigkeitsprinzipien überraschend deutlich übereinstimmen. Hinzu kommt, dass die zwei komplementären Prinzipien der Leistungs- und der Bedarfsgerechtigkeit von überwältigenden Mehrheiten geteilt werden. Aus diesem Gleichklang treten lediglich die Materialist:innen und – etwas weniger deutlich – die Beziehungsmenschen heraus: Sie stimmen dem Gleichheitsprinzip und dem Bedarfsprinzip weniger zu und sind dabei auch seltener „voll und ganz" von diesen Prinzipien überzeugt, die beide auf einen Ausgleich von Besitzunterschieden und ungleichen Chancen ausgerichtet sind. Beides steht im Einklang mit ihren spezifischen Werthaltungen, die eher auf individuellen Wohlstand und persönliches Wohlbefinden und weniger auf das Gemeinwohl abzielen. Dass Materialist:innen die höchste Zustimmung beim Leistungsprinzip und die geringste Zustimmung beim Gleichheits- und Bedarfsprinzip aufweisen, fügt sich nahtlos in ihr Werteprofil.

Ihre Antipoden, wenngleich auch nicht so exponiert, sind die Selbstverwirklicher:innen, die bei Gleichheit und Bedarf die höchsten Zustimmungswerte erreichen und umgekehrt, beim Leistungsprinzip, die zweitgeringste Zustimmung aufweisen.

Trotz allem bleibt eine beachtliche Einmütigkeit. Das ist insbesondere deswegen bemerkenswert, da die Milieus ja gerade auf Basis ihrer Werthaltungen gebildet wurden. Man hätte erwarten können, dass Gerechtigkeitsprinzipien und Wertorientierungen zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellen und sich die Unterschiede in den Werthaltungen somit stärker in entsprechend unterschiedlichen Haltungen bei den Gerechtigkeitsprinzipien spiegeln würden. Dies ist aber keineswegs der Fall.[2]

2 Von den 20 Wertefragen, die zur Bestimmung der Wertemilieus verwendet wurden, lassen sich nur drei näherungsweise den Gerechtigkeitsprinzipien zuordnen: (1) „Er/Sie hält es für wichtig, dass alle Menschen auf der Welt gleich behandelt werden sollten. Er/Sie glaubt, dass jeder Mensch im Leben gleiche Chancen haben sollte." (2) „Es ist ihm/ihr sehr wichtig, den Menschen um ihn/sie herum zu helfen. Er/Sie will für deren Wohl sorgen." (3) „Es ist ihm/ihr wichtig, sehr erfolgreich zu sein. Er/Sie hofft, dass die Leute seine/ihre Leistungen anerkennen." Aus unserer Sicht ergibt sich an dieser Stelle keine Tautologie, sodass es gerechtfertigt ist, die Wertemilieus in ihrer ursprünglichen Form im Hinblick auf ihre Zustimmung zu den Verteilungsprinzipien zu untersuchen.

4.2 Was als gerecht empfunden wird – der Einfluss sozialer Lagen

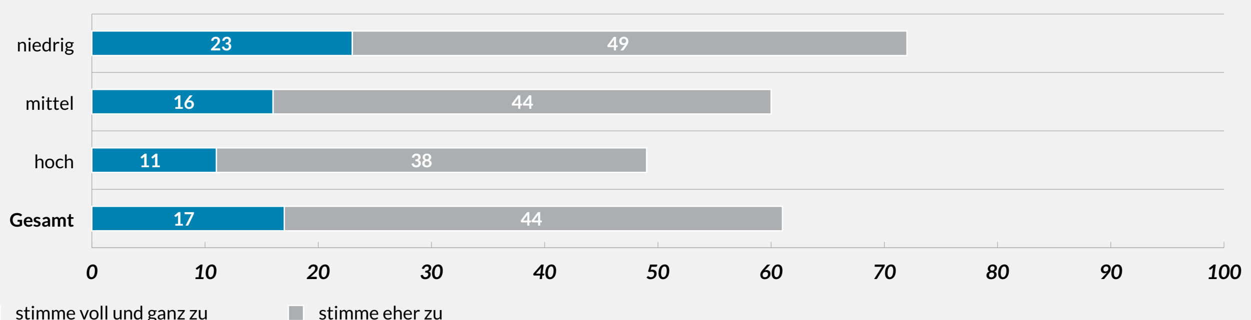
Aber sind es vielleicht gar nicht die übergeordneten Werthaltungen, sondern die faktischen sozialen Umstände jeder und jedes Einzelnen, die über das Gerechtigkeitsempfinden entscheiden? Um dieser Frage nachzugehen, haben wir die vier Prinzipien zusätzlich nach den sozioökonomischen Faktoren Einkommen, Bildungsgrad und Alter näher untersucht sowie eine Unterscheidung nach Ost- und Westdeutschland vorgenommen.

Eine Aufschlüsselung nach Einkommen offenbart beim Leistungs-, beim Bedarfs- und beim Anrechtsprinzip eher wenig Unterschiede. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit anderen Untersuchungen (Adriaans, Eisnecker und Liebig 2019). Einzig beim Gleichheitsprinzip zeigen sich signifikante Differenzen: Mit zunehmendem Einkommen sinkt die Befürwortung des Gleichheitsprinzips. Während ihm nur 49 Prozent der Befragten mit hohem Einkommen zustimmen, sind es in der Gruppe mit mittlerem Einkommen bereits 60 Prozent und sogar 72 Prozent der Befragten mit niedrigem Einkommen.

Auch der Bildungsgrad hat einen Effekt auf die Zustimmung zu den Gerechtigkeitsprinzipien: Analog zum Einkommen, dessen Höhe ja häufig abhängig vom Bildungsgrad ist, geht eine niedrigere formale Bildung mit einer höheren Zustimmung zum Gleichheitsprinzip einher: Sie liegt in der Gruppe der Befragten mit niedriger Bildung bei 71 Prozent, unter den Befragten mit mittlerer Bildung bei 66 Prozent und unter den Hochgebildeten bei 55 Prozent. Etwas überraschend fällt auch beim Leistungsprinzip die Zustimmung der höher Gebildeten etwas geringer aus: 84 Prozent mit hoher Bildung stehen je 87 Prozent bei mittlerer und niedriger Bildung gegenüber. Deutlicher wird der Unterschied noch, wenn man sich die Zustimmungswerte für „voll und ganz" anschaut: Diese liegen unter den niedriger Gebildeten doppelt so hoch wie unter den höher Gebildeten. Auch das Anrechtsprinzip findet unter Befragten mit geringerer Bildung etwas stärker Anklang (35 Prozent) als unter mittel (22 Prozent) und höher Gebildeten (20 Prozent). Beim Bedarfsprinzip lassen sich keine signifikanten Unterschiede erkennen.

In Bezug auf das Alter sowie Ost- und Westdeutschland lassen sich keine signifikanten Unterschiede ausmachen. Im Osten (ohne Berlin) ist einzig die Zustimmung zum Gleichheits- und zum Bedarfsprinzip etwas ausgeprägter als im Westen, wo im Gegenzug dem Leistungsprinzip etwas häufiger zugestimmt wird.

ABBILDUNG 10 **Zustimmung zum Gleichheitsprinzip nach Haushaltseinkommen** (in Prozent)



Angegeben ist die Zustimmung (stimme voll und ganz zu / stimme eher zu) in Prozent zu der Aussage „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind" (Gleichheit) differenziert nach Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen. Die Einkommenskategorien entsprechen bis 1.125 € niedrig, 1.126–2.249 € mittel und über 2.250 € hoch.
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

Die Haltung zu Gerechtigkeitsfragen wird also, wenn überhaupt, nur vom Einkommen und von der Bildung beeinflusst. Dies gilt vor allem für das Gleichheitsprinzip. Dabei ist wenig verwunderlich, dass vor allem jene, die sich in einer besseren sozialen Lage befinden, über eine höhere Bildung und ein höheres Einkommen verfügen, beim Gleichheitsprinzip zurückhaltender sind – profitieren sie doch von der existierenden Ungleichheit. Umgekehrt würden Menschen mit geringerem Einkommen und schlechteren Bildungsressourcen von einer Ausweitung des Gleichheitsprinzips am meisten profitieren.

Allerdings ist festzuhalten, dass die Varianz der Zustimmung in den unterschiedlichen Wertemilieus sogar etwas stärker ausgeprägt ist als bei einer Aufschlüsselung nach Einkommen oder Bildung. So beträgt die Differenz zwischen den Extremwerten bei den Wertemilieus im Hinblick auf das Gleichheitsprinzip 29 Prozentpunkte und beim Einkommen lediglich 21 Prozentpunkte. Dem Leistungs- und Bedarfsprinzip stimmen unsere Befragten unabhängig von Alter, Bildung oder Einkommen in annähernd gleichem Maße zu.

4.3 Der Glaube an eine gerechte Welt

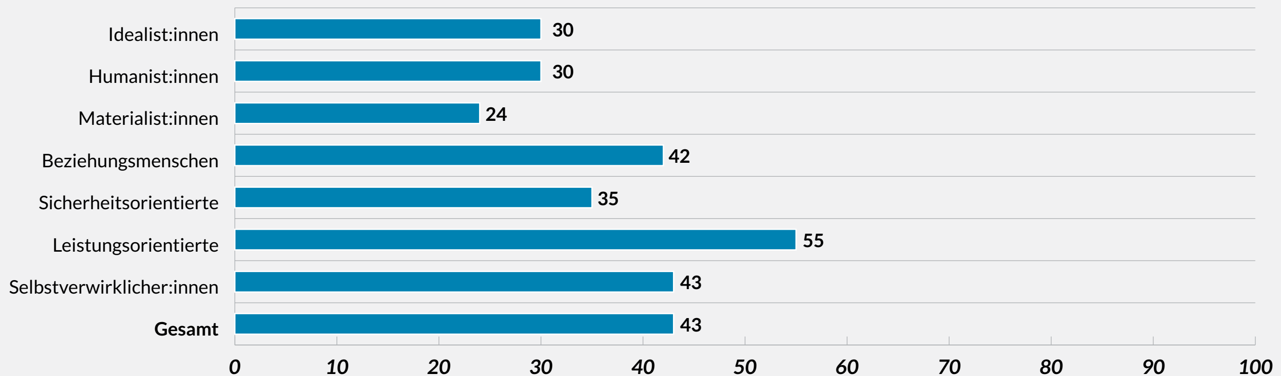
In der Gerechtigkeitsforschung wird neben den vier Gerechtigkeitsprinzipien häufig auch der sogenannte „Glaube an eine gerechte Welt" erhoben (Dalbert, Montada und Schmitt 1987). Damit ist die tief sitzende Vorstellung gemeint, die Welt sei im Grunde gerecht und jede:r bekomme zumindest langfristig, was ihr oder ihm zusteht. Wer stark an eine inhärent gerechte Welt glaubt, neigt eher dazu, Benachteiligungen zu übersehen, Opfern eine Schuld an ihrer eigenen Lage zuzuschreiben oder Ungleichheiten zu rechtfertigen (Schmitt, Maes und Schmal 1995, 23 ff. und 36). In unserer Studie haben wir zur Messung des „Gerechte-Welt-Glaubens" drei, ebenfalls im European Social Survey erprobte, Aussagen genutzt, denen die Befragten wiederum abgestuft zustimmen konnten („voll und ganz", „eher", „eher nicht", „gar nicht"):

- Ich denke, dass man im Großen und Ganzen das bekommt, was man verdient.
- Ich bin zuversichtlich, dass Gerechtigkeit immer über Ungerechtigkeit siegt.
- Ich bin davon überzeugt, dass Menschen auf lange Sicht für Ungerechtigkeiten entschädigt werden.

Für die Ergebnisdarstellung ziehen wir das arithmetische Mittel der jeweiligen Zustimmung zu diesen drei Aussagen heran.

Insgesamt stimmt mit 43 Prozent eine Minderheit der Befragten dem Gerechte-Welt-Glauben zu. Am stärksten ist er im Milieu der Leistungsorientierten ausgeprägt (55 Prozent), gefolgt von den Selbstverwirklicher:innen (43 Prozent) und den Beziehungsmenschen (42 Prozent). Deutlicher unter dem Durchschnitt liegen die Sicherheitsorientierten (35 Prozent), die Idealist:innen (30 Prozent) und die Humanist:innen (30 Prozent). Das entspricht den eher auf Gleichheit und Gemeinwohl ausgerichteten Werthaltungen dieser drei Milieus. Ungleichheit und Benachteiligungen sehen sie weniger als hinzunehmendes Resultat einer grundsätzlich fairen Welt an, sondern als von der Gesellschaft zu verantwortendes Problem, das es zu bekämpfen gilt. Plausibel scheint auch, dass Leistungsorientierte, die tendenziell erfolgreicher sind und über ein höheres Einkommen verfügen, die sozialen Unterschiede eher als gerechtfertigt ansehen und so ihren eigenen Status legitimieren. Zunächst überraschend ist hingegen, dass die Materialist:innen mit 24 Prozent die geringste Zustimmung zum Gerechte-Welt-Glauben aufbringen. Darin könnte sich zum einen ein eher pessimistisches Weltbild und zum anderen ein Gefühl der Deklassierung, trotz relativ guter sozialer Lage, widerspiegeln.

ABBILDUNG 11 **Sieben Wertemilieus und ihr Glaube an eine gerechte Welt** (in Prozent)



Angegeben ist das arithmetische Mittel der Zustimmung (stimme voll und ganz zu / stimme eher zu) in Prozent zu den drei Aussagen „Ich denke, dass man im Großen und Ganzen das bekommt, was man verdient", „Ich bin zuversichtlich, dass Gerechtigkeit immer über Ungerechtigkeit siegt" und „Ich bin davon überzeugt, dass Menschen auf lange Sicht für Ungerechtigkeiten entschädigt werden".
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

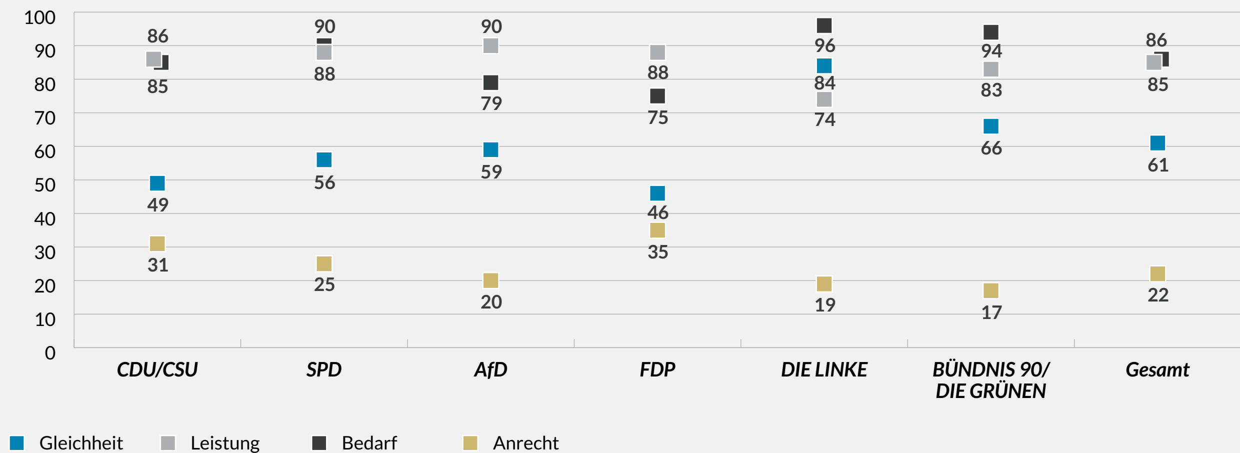
Eine Differenzierung nach sozialen Lagen legt den erwartbaren Effekt offen, dass mit steigendem Einkommen der Glaube an die gerechte Welt zunimmt: In der Gruppe mit einem niedrigen Einkommen liegt die Zustimmung bei 38 Prozent, während unter denjenigen, die über ein hohes Einkommen verfügen, 48 Prozent diesem Glauben anhängen. Gegenläufig verhält es sich mit dem Faktor Bildung: Hier wird unter denjenigen mit geringerer formaler Bildung der Glaube an eine gerechte Welt etwas stärker geteilt als unter den höher Gebildeten. Eine Analyse nach Alters- oder Ost-West-Unterschieden führt zu keinen signifikanten Ergebnissen.

4.4 Leistungs- versus Bedarfsprinzip – Parteineigung und Gerechtigkeit

Im letzten Teil dieses Abschnitts sollen nun beide Konzepte, die Gerechtigkeitsprinzipien und der Gerechte-Welt-Glaube, in Zusammenhang mit der Parteineigung der Befragten betrachtet werden. Die Ergebnisse, die sich hier zeigen, spiegeln auch die Positionierungen der Parteien auf dem politischen Spektrum wider. So stimmen Anhänger:innen von CDU/CSU und SPD fast identisch dem Bedarfs- und dem Leistungsprinzip zu, während Anhänger:innen von AfD und FDP dem Leistungsprinzip den Vorzug vor dem Bedarfsprinzip geben. Bei Anhängerinnen und Anhängern von GRÜNEN und LINKEN ist es wiederum umgekehrt. Hier erhält das Bedarfsprinzip eine höhere Zustimmung als das Leistungsprinzip. Insgesamt liegen hier aber alle Parteien auf einem ähnlich hohen Zustimmungsniveau. Anders ist dies beim Gleichheitsprinzip, bei dem die Varianz besonders groß ist und eine gewisse Polarisierung zwischen den Anhänger:innen der unterschiedlichen Parteien konstatiert werden kann: Vor allem Befragte, die der Partei DIE LINKE zuneigen, bewerten es positiv (84 Prozent). Näher am Durchschnitt (61 Prozent) liegen die Zustimmungswerte von GRÜNEN- (66 Prozent), AfD- (59 Prozent) und SPD-Anhänger:innen (56 Prozent). Unions- und FDP-Anhänger:innen weisen hier die geringsten Zustimmungswerte auf: 49 Prozent respektive 46 Prozent. Das Anrechtsprinzip erhält hingegen bei Anhänger:innen aller Parteien den geringsten Zuspruch, nur CDU/CSU (31 Prozent) und FDP (35 Prozent) weisen hier etwas erhöhte Werte auf.

Der Glaube an die gerechte Welt schwankt vergleichsweise weniger stark zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der unterschiedlichen Parteien. Am stärksten teilen ihn Befragte, die der CDU/CSU (56 Prozent), der SPD (50 Prozent) und der FDP (49 Prozent) zuneigen. Die Anhänger:innen der GRÜNEN

ABBILDUNG 12 **Zustimmung zu vier Gerechtigkeitsprinzipien nach Parteineigung** (in Prozent)



Angegeben ist die Zustimmung (stimme voll und ganz zu / stimme eher zu) in Prozent zu den vier Aussagen „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind" (Gleichheit), „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere" (Leistung), „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben" (Bedarf) und „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen" (Anrecht).
Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

(43 Prozent) erreichen exakt den Durchschnittswert aller Befragten, während die Anhänger:innen der LINKEN (34 Prozent) und vor allem der AfD (30 Prozent) am seltensten der Auffassung sind, die Welt sei inhärent gerecht. Im Fall der Letzteren ergeben sich Parallelen zum Milieu der Materialist:innen, in dem AfD-Anhänger:innen etwas überrepräsentiert sind.

5. Wertehomogenität und Offenheit für Dialog

Das besondere Augenmerk in den bisherigen Teilen dieser Untersuchung lag auf Differenzen zwischen den unterschiedlichen Wertemilieus hinsichtlich ihrer Haltung zum Klimawandel, zum Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft und zu Fragen der Gerechtigkeit. In diesem letzten Abschnitt soll es um die Abschätzung gehen, wie das Verhältnis der unterschiedlichen Wertemilieus zueinander ist. Ein gelingendes Miteinander in einer pluralen Gesellschaft ist nicht ohne die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Meinungen, Überzeugungen und Werthaltungen denkbar. Diskussion und Auseinandersetzungen sind ja keineswegs die problematische Ausnahme, sondern die notwendige Bedingung des demokratischen Diskurses. Entscheidend ist aber, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bereit sind, sich friedlich auseinanderzusetzen.

In den letzten Jahren ist jedoch der Eindruck entstanden, dass sich die Menschen zunehmend in homogene Filterblasen Gleichgesinnter zurückziehen und der konstruktiven Auseinandersetzung mit anderen Überzeugungen eher aus dem Weg gehen. Insbesondere in den sozialen Medien sind nach Ansicht vieler Beleidigungen, Drohungen und Diffamierungen, aber auch Hass weit verbreitet. Wie sich diese Wahrnehmung im Verhältnis der Wertemilieus zueinander darstellt, versuchen wir in drei Schritten zu ergründen. Im ersten Schritt betrachten wir, wie homogen oder heterogen die unterschiedlichen Wertemilieus Deutschland und ihr eigenes Umfeld einschätzen. Im zweiten Schritt schauen wir uns an, wie sie den Umgang miteinander bei Diskussionen bewerten. Im letzten Untersuchungsschritt geht es um die Frage, wie offen die verschiedenen Wertemilieus für die Auseinandersetzung mit anderen Werthaltungen sind.

5.1 Grundkonsens trotz Differenzen – wie weit die eigenen Überzeugungen reichen

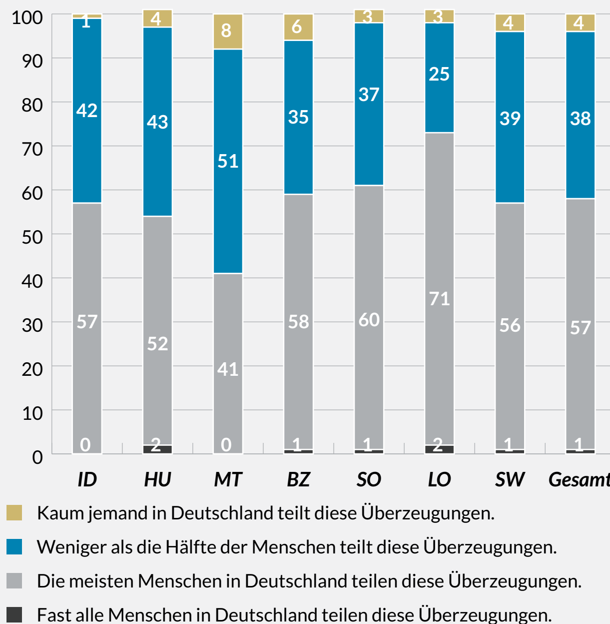
Zunächst haben wir die Befragten einschätzen lassen, ob ihre persönlichen Werte und Überzeugungen im Hinblick auf die wichtigen Fragen des Lebens und der Politik in Deutschland eher einen allgemeinen Konsens oder eine Minderheitenmeinung darstellen. Sie konnten hierzu angeben, ob sie glauben, dass „kaum jemand", „weniger als die Hälfte", „die meisten Menschen" oder „fast alle Menschen" ihre eigenen Überzeugungen teilen.

57 Prozent aller Befragten sind der Auffassung, dass die meisten Menschen mit den eigenen Werten und Überzeugungen übereinstimmen. Nur jeweils eine kleine Minderheit findet, dass kaum jemand die eigenen Überzeugungen teilt (4 Prozent) oder dass fast alle der gleichen Meinung sind (1 Prozent). Differenziert nach Wertemilieus zeigen sich aber deutliche Unterschiede. So sind die Leistungsorientierten besonders selbstbewusst, was die breite Unterstützung der eigenen Werte angeht: 71 Prozent von ihnen gehen davon aus, dass die meisten Menschen diese teilen. Unter den Materialist:innen glauben das, bezogen auf die eigenen Werte, lediglich 41 Prozent. Die restlichen fünf Wertemilieus liegen in der Nähe des Durchschnitts und sind mehrheitlich der Auffassung, dass ihre Werte von den meisten Menschen geteilt werden.

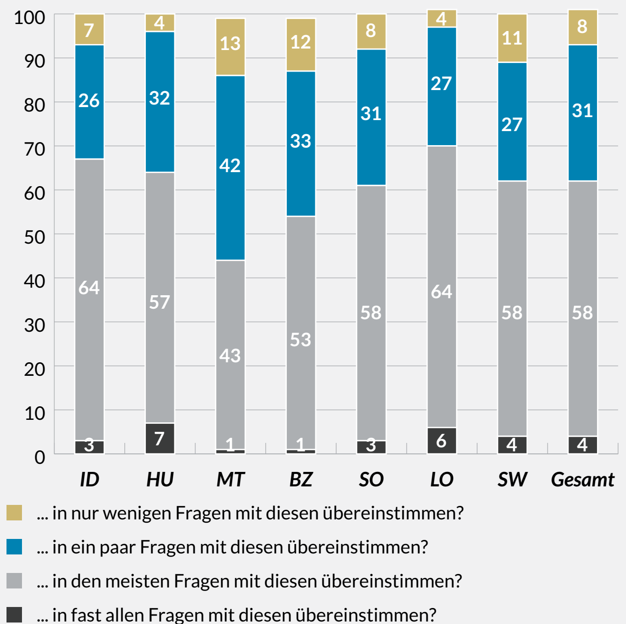
Dieses Ergebnis lässt unterschiedliche Interpretationen zu. Auf der einen Seite könnte argumentiert werden, dass die von den verschiedenen Milieus wahrgenommene Wertehomogenität eine – der eigenen Blase geschuldete – Illusion ist; hat doch unsere Un-

ABBILDUNG 13 **Sieben Wertemilieus und wie werthomogen sie Deutschland und ihr eigenes Umfeld einschätzen** (in Prozent)

Wenn Sie an Ihre grundlegenden Werte und Überzeugungen denken (und daran, wie Sie zu den wichtigen Fragen des Lebens und der Politik stehen), was denken Sie?



Wie ist das mit Ihren Freund:innen und Bekannten, mit denen Sie im Alltag zu tun haben. Haben Sie den Eindruck, dass Sie in den wichtigen Fragen des Lebens und der Politik ...



Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

tersuchung gezeigt, dass es, bei aller Einigkeit in der grundsätzlichen Richtung, durchaus unterschiedliche Haltungen bei der konkreten Ausgestaltung im Hinblick auf die hier untersuchten gesellschaftlichen Fragen gibt. Auf der anderen Seite könnte es sein, dass für die Mehrheit der Befragten – im Bewusstsein dieser Differenzen – trotzdem ein gesellschaftlicher Grundkonsens zum Ausdruck kommt. Tatsächlich lässt sich auch dieses Ergebnis aus unseren Analysen festhalten. Denn bezogen auf die Themenkomplexe Klimawandel, Zusammenleben in Vielfalt sowie Gerechtigkeit vertreten die Wertemilieus trotz teilweise unterschiedlicher Gewichtungen keineswegs (durchweg) konträre Werthaltungen.

Eine Ausnahme bildet das Milieu der Materialist:innen, das deswegen besondere Aufmerksamkeit verdient. Sie haben mit Blick auf ihre Werthaltungen den Eindruck, in Deutschland eher in der Minderheit und womöglich sogar in der Defensive zu sein. Das heißt: Sie vertreten nicht nur Positionen, die von denen der anderen Milieus abweichen, sondern sie sind sich dieser Abweichung auch bewusst. In gewisser Weise verweist dies auf eine eingeschränkte Integration trotz insgesamt einer eher positiven sozioökonomischer Lage.

Für die „gefühlte“ Wertehomogenität und die Anschluss- und Konsensfähigkeit der eigenen Werthaltungen ist ganz Deutschland als Bezugsgröße vermutlich weniger relevant als das persönliche Umfeld. Deshalb haben wir auch danach gefragt, wie sehr Freundinnen, Freunde und Bekannte im eigenen Umfeld in wichtigen Fragen des Lebens und der Politik mit den eigenen Werten übereinstimmen. Die Antwortmöglichkeiten lauteten hier: „in fast allen Fra-

gen", „in den meisten Fragen", „in ein paar Fragen", „in nur wenigen Fragen". Wir haben den Fokus hier absichtlich von der Zahl der Personen hin zu den inhaltlichen Fragen verschoben, weil es angesichts der begrenzten Anzahl der Menschen im eigenen Umfeld durchaus sein kann, dass man in einigen Punkten übereinstimmt und in anderen voneinander abweicht.

Der erste Blick lässt erkennen, dass die wahrgenommene Übereinstimmung im eigenen Umfeld in fast allen Gruppen etwas größer ausfällt als für Deutschland als Ganzes. Zugleich ist aber in allen Gruppen der Anteil derer, die finden, dass es nur wenige Überschneidungen im Freundes- und Bekanntenkreis gibt, größer als der Anteil derer, die davon ausgehen, dass es in Deutschland kaum Personen gibt, die die eigenen Werte teilen. Vollständig homogene Umfelder scheinen in keinem Milieu besonders ausgeprägt zu sein: Kaum jemand gibt an, dass im eigenen Freundes- und Bekanntenkreis fast alle die gleichen Werte teilen. Unter den Idealist:innen und den Leistungsorientierten ist der Anteil derer, die über ein mehrheitlich homogenes Umfeld verfügen, mit 64 Prozent am größten. Wiederum sind es die Materialist:innen, die am stärksten den Eindruck haben, auch in ihrem eigenen Umfeld vor allem anderen Positionen zu begegnen: Mehr als die Hälfte von ihnen gibt an, nur in ein paar (42 Prozent) oder nur in wenigen Fragen (13 Prozent) mit ihren Freund:innen und Bekannten übereinzustimmen.

5.2 Respektvoll oder nicht – zum Umgang miteinander

Analog zur Frage nach der Wertehomogenität haben wir die Frage, ob Diskussionen zuletzt als respektvoller oder respektloser erlebt wurden, sowohl auf den medialen Diskurs in Deutschland als auch auf den eigenen Freundes- und Bekanntenkreis bezogen.

Hierbei fällt ein Befund im Vergleich der beiden Bezugsbereiche sofort ins Auge: Während 68 Prozent aller Befragten meinen, dass die Diskussionen in der Öffentlichkeit zuletzt respektloser geworden sind, nehmen dies im eigenen Umfeld lediglich 22 Prozent so wahr. Der alltägliche Umgang miteinander scheint somit zwar belastet zu sein, aber die häufig diskutierte Verrohung des Diskurses findet hauptsächlich in medial vermittelten Auseinandersetzungen statt.

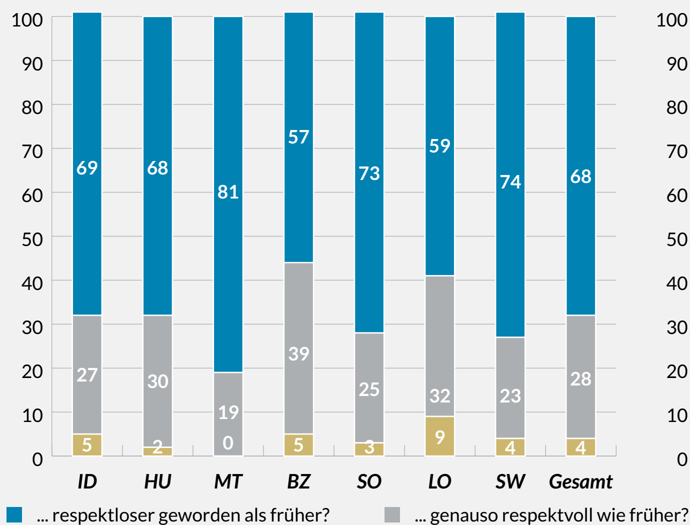
Auch zwischen den Wertemilieus fallen die Unterschiede gering aus. Die geringste Zunahme der Respektlosigkeit im eigenen Umfeld nehmen die Sicherheitsorientierten (18 Prozent) wahr, während dies für die Materialist:innen (28 Prozent) am stärksten gegeben ist. Letztere weisen auch bei den öffentlichen Diskussionen den höchsten Wert für gestiegene Respektlosigkeit auf und geben sowohl für Deutschland insgesamt als auch für das eigene Umfeld den größten Anteil von abweichenden Meinungen an. Womöglich erleben Angehörige dieses Milieus tatsächlich sowohl in den öffentlichen Debatten als auch im Alltag besonders viel Widerspruch und fühlen sich mit ihrer Haltung seltener anerkannt. Die gegensätzliche Haltung findet sich im Milieu der Leistungsorientierten. Hier gibt es sowohl bezogen auf die öffentlichen Diskussionen als auch auf das private Umfeld jeweils einen nennenswerten Anteil, der sogar eine Zunahme des respektvollen Umgangs wahrnimmt (9 bzw. 10 Prozent). Zugleich fallen die Anteile, die eine Zunahme von Respektlosigkeit verzeichnen, vergleichsweise gering aus (59 bzw. 21 Prozent). Im Gegensatz zu den Materialist:innen sind die Leistungsorientierten jedoch der Ansicht, dass ihre Meinung sowohl in Deutschland als auch im eigenen Umfeld häufiger widergespiegelt wird.

Leistungsorientierte und Materialist:innen wirken hier wie zwei aufeinander bezogene Pole: Einerseits teilen sie eine eher auf Wohlstand und Konsum ausgerichtete Werthaltung, andererseits unterscheiden sie sich bei der Bewertung zahlreicher Sachverhalte. Dabei scheinen Leistungsorientierte mehrheitlich gut in die Gesellschaft eingebunden zu sein und haben den Eindruck, dass ihre Ansichten und Positionen breite Anerkennung erfahren. Materialist:innen scheinen hingegen trotz ihres erarbeiteten Wohlstands nicht die erhoffte (bürgerliche) Anerkennung zu erhalten und sich angesichts einer sich verändernden Gesellschaft um ihren Status zu sorgen.

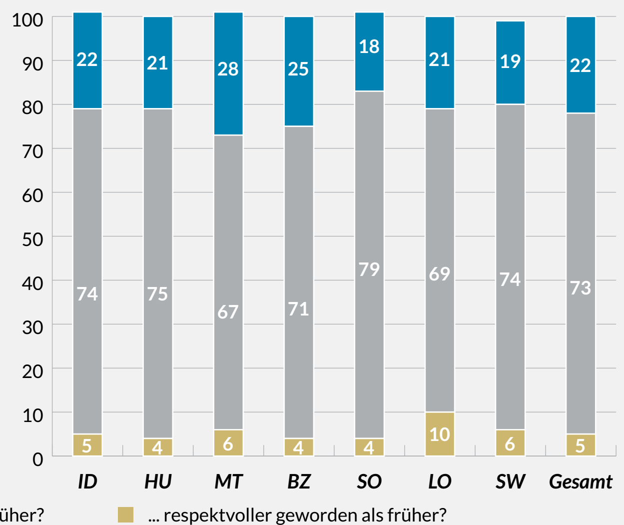
Interessant sind die Wechselwirkungen, die sich zwischen der wahrgenommenen Homogenität bezie-

ABBILDUNG 14 **Sieben Wertemilieus und ihre Beurteilung der Diskussionen in der Öffentlichkeit und im persönlichen Umfeld** (in Prozent)

In der Öffentlichkeit, im Fernsehen, in Zeitungen, aber auch in den sozialen Medien werden immer wieder wichtige Themen diskutiert. Haben Sie den Eindruck, die Diskussionen sind in diesem Jahr ...



Und wie ist das in Ihrem eigenen persönlichen Umfeld: Wie nehmen Sie die Diskussionen über wichtige Themen wahr, wenn Sie direkt mit Ihren Freund:innen und Bekannten darüber sprechen. Sind diese Diskussionen in letzter Zeit ...



... respektloser geworden als früher? ... genauso respektvoll wie früher? ... respektvoller geworden als früher?

Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

hungsweise Heterogenität und der Einschätzung zum respektvollen Umgang miteinander zeigen: Wer beispielsweise der Meinung ist, die Diskussionen seien respektvoller als früher oder zumindest genauso respektvoll, hat auch häufiger den Eindruck, die Menschen teilten die eigene Meinung und umgekehrt. Wer die Diskussionen für weniger respektvoll hält, hat auch eher den Eindruck, die eigene Meinung würde nur von einer Minderheit geteilt. Dieser Effekt ist bezogen auf das persönliche Umfeld stärker als für die Situation in Deutschland insgesamt.

5.3 Relative Offenheit – Einlassen auf andere Meinungen

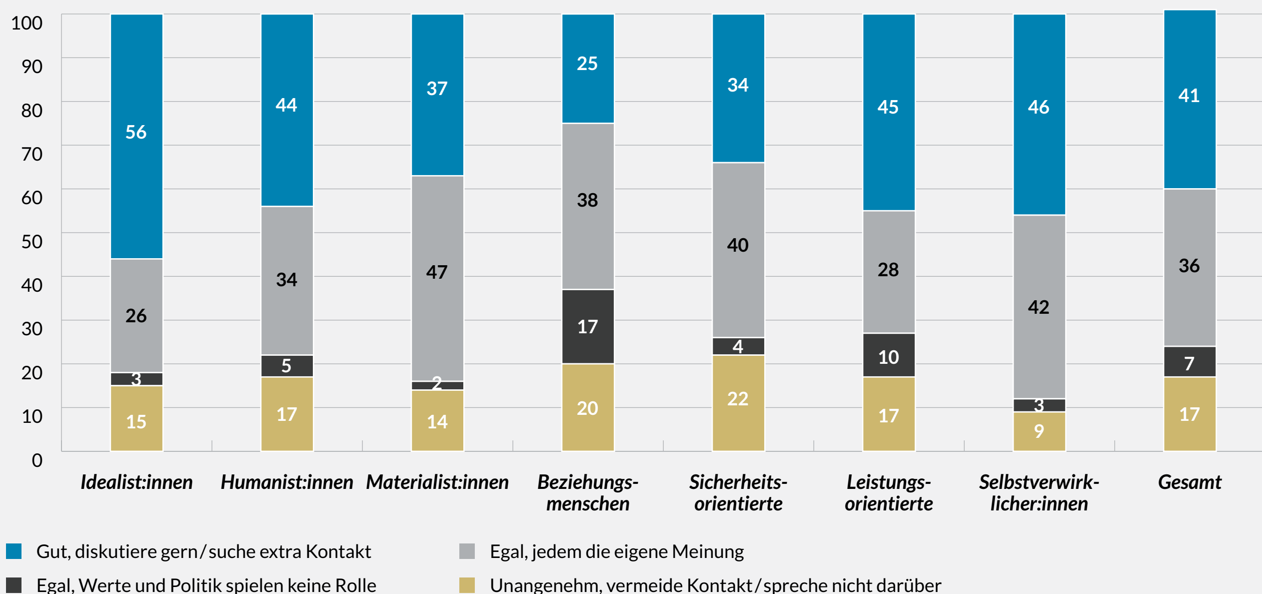
Für das Zusammenleben in einer pluralen Welt kommt es, wie bereits gesagt, auch auf die Bereitschaft an, sich auf Auseinandersetzungen mit anderen einzulassen. Darum haben wir in der Studie zudem wissen wollen, wie die Befragten damit umgehen, dass im eigenen persönlichen Umfeld Freundinnen und Freunde, Bekannte oder auch Arbeitskolleginnen und -kollegen ganz andere Positionen vertreten als sie selbst. Die Befragten konnten hierzu angeben, ob sie diesen Personen und Themen bewusst ausweichen (indem sie den Kontakt vermeiden oder die Themen nicht ansprechen) oder ob sie die Diskussionen begrüßen und aktiv einsteigen oder sogar den Kontakt zu Andersdenkenden suchen. Als mittlere Antwortoption stand noch zur Auswahl, dass ihnen andere Meinungen egal sind. Weil die extremen Antwortkategorien (Kontaktvermeidung und extra Kontakt suchen) nur selten gewählt wurden, haben wir sie in der folgenden Darstellung mit den jeweils abgeschwächten Varianten („spreche Themen nicht an" bzw. „diskutiere sehr gern darüber") zusammengefasst.

Eine aktive Vermeidung der Auseinandersetzung betreibt nur eine Minderheit der von uns Befragten. Ins-

gesamt sind es 17 Prozent, die angeben, dass andere Meinungen ihnen unangenehm sind und sie daher lieber den Kontakt vermeiden oder solche Themen umgehen. Unter den Sicherheitsorientierten liegt der Wert mit 22 Prozent am höchsten, während von den Selbstverwirklicher:innen nur 9 Prozent versuchen, der Konfrontation zu entgehen. Den wenigsten sind andere Positionen im eigenen Umfeld egal. Insgesamt sind es nur 7 Prozent, die so denken, wobei unter den Beziehungsmenschen der Anteil mehr als doppelt so hoch ausfällt. Das passt jedoch gut in ihr Profil, streben sie doch nach Geborgenheit und Unbeschwertheit. Deutlich größer sind die Anteile, die für sich eine gewisse gleichgültige Toleranz in Anspruch nehmen. Mehr als ein Drittel aller Befragten hält es für richtig zu sagen: „Das ist mir egal, jeder hat seine eigene Meinung und das ist auch gut so.“ Jedoch ist hier die Spannbreite zwischen den einzelnen Milieus beachtlich. Während von den Idealist:innen gerade einmal 26 Prozent dieser Ansicht sind, wird sie von 47 Prozent der Materialist:innen geteilt.

Generell ist die Offenheit für andere Werthaltungen und Positionen recht groß, was für das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft optimistisch stimmt. Insgesamt sagen 41 Prozent der Befragten, dass sie es gut finden, mit anderen Positionen in Kontakt zu kommen, zu diskutieren und sogar aktiv den Kontakt zu Menschen mit anderen Haltungen zu suchen. Unter den Idealist:innen sagen dies sogar mehr als die Hälfte (56 Prozent) und unter den Humanist:innen, den Leistungsorientierten und den Selbstverwirklicher:innen sind es ebenfalls mehr als 40 Prozent. Hingegen lässt sich gerade einmal ein Viertel der Beziehungsmenschen, 34 Prozent der Sicherheitsorientierten und 37 Prozent der Materialist:innen aktiv auf die Diskussion mit Menschen ein, die eine andere Meinung als sie selbst vertreten.

ABBILDUNG 15 **Sieben Wertemilieus und ihre Offenheit für andere Meinungen** (in Prozent)



Angegeben sind in Prozent die Antworten zu der Frage: „Wenn Sie an Ihre grundlegenden Werte und Überzeugungen denken (und daran, wie Sie zu den wichtigen Fragen des Lebens und der Politik stehen), was denken Sie?“ Die Antwortmöglichkeiten lauten: (1) „Das ist mir unangenehm und ich versuche, den Kontakt zu vermeiden“, (2) „Das ist mir unangenehm und ich spreche die betreffenden Themen so wenig wie möglich an“, (3) „Das ist mir egal, Politik und Werte spielen in meinem Alltag keine besondere Rolle“, (4) „Das ist mir egal, jeder hat seine eigene Meinung, und das ist auch gut so“, (5) „Das finde ich gut und ich diskutiere mit ihnen auch sehr gern darüber“, (6) „Das finde ich gut und ich suche sogar extra den Kontakt zu Menschen, die anders denken als ich“. In der Darstellung sind die Optionen (1) und (2) sowie (5) und (6) zusammengefasst.

Quelle: BSt-Wertestudie 2021, Basis: N=1.012

BertelsmannStiftung

6. Fazit

Die Notwendigkeit, die Corona-Pandemie und ihre Folgen zu bewältigen, hat die Auseinandersetzung mit zentralen gesellschaftlichen Zukunftsfragen zurzeit etwas in den Hintergrund gerückt. Zugleich hat die pandemiebedingte Unterbrechung des Alltags Reflexionen angestoßen und haben soziale Schieflagen, die in der Krise deutlicher zutage traten, kritischen Stimmen Gehör verschafft. All das hat eine Frage wieder ins Bewusstsein treten lassen: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Damit geraten Wertorientierungen in den Blick, und es stellt sich die Frage, ob es in unserer pluralen Gesellschaft trotz aller Unterschiede zumindest ein gemeinsames Grundverständnis davon gibt, was ein gutes, lebenswertes Miteinander ausmacht.

Gegenwärtig herrscht der Eindruck vor, dass es diesen Konsens nicht gibt und kontroverse Debatten nicht allein die Medienöffentlichkeit bestimmen, sondern die Gesellschaft insgesamt. Dadurch wird deren Zusammenhalt gerade in der Krise als zunehmend fragil wahrgenommen. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie lassen erkennen, dass diese Wahrnehmung zwar nicht falsch ist, aber nicht das ganze Bild beschreibt und vor allem den Fokus auf eine Auseinandersetzung rückt, die für die Lösung anstehender gesellschaftlicher Herausforderungen wenig fruchtbar ist.

Wir haben in dieser Untersuchung Haltungen in der Bevölkerung zu den Themenkomplexen Klimawandel, Zusammenleben in kultureller Vielfalt und soziale Gerechtigkeit analysiert. Allen dreien wird besondere Zukunftsrelevanz zugesprochen. Und zweifellos wird sich die Entwicklung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft daran messen lassen müssen, inwieweit es gelingt, tragfähige und demokratisch legitimierte Lösungen für die mit diesen Themen verbundenen Aufgabenstellungen zu finden.

Die vorausgehenden Kapitel haben deutlich gemacht, dass bei der Beschäftigung mit diesen Fragen das Analyseinstrument der sieben Wertemilieus lohnend ist. Es erlaubt einen empirisch fundierten Blick auf fundamentale Werthaltungen in unserer Gesellschaft und ergänzt damit andere Analyseperspektiven, etwa nach sozioökonomischen Faktoren oder Parteineigung. In Kombination mit ihnen sind relativ dichte und vielschichtige Beschreibungen gesellschaftlicher Pluralität möglich. Sie helfen, divergierende Haltungen zu verstehen und zugleich das Bild zu differenzieren.

6.1 Diagnose der Polarisierung greift zu kurz

Als erstes, grundlegendes Ergebnis unserer Studie können wir festhalten: Die Diagnose, dass unsere Gesellschaft in zwei Lager gespalten ist, greift zu kurz und zeichnet ein verzerrtes Bild. In allen drei Themenkomplexen, die wir untersucht haben, lässt sich eine Bandbreite an Positionen identifizieren. Je nach Fragestellung werden zudem unterschiedliche Differenzierungslinien sichtbar, das heißt, es sind nicht immer die gleichen Personen, die gegensätzliche Meinungen vertreten. Eine Ausnahme bilden die Materialist:innen: Sie haben fast durchgängig eine andere Sicht auf bestehende Herausforderungen als die Mehrheit der Bevölkerung. Das deutet darauf hin, dass sie sich an einem anderen gesellschaftlichen Leitbild orientieren. Entsprechend nehmen sie in Debatten auch am wenigsten Übereinstimmung mit eigenen Positionen und Respekt in der Auseinandersetzung wahr.

Tatsächlich stehen sich also nicht zwei gleich starke oder große gesellschaftliche Gruppen gegenüber, sondern das relativ kleine (rund 10 Prozent der Befragten umfassende) Lager der Materialist:innen und eine satte Mehrheit, die trotz unterschiedlicher Werthaltungen ein gemeinsames Grundverständnis von Gesellschaft teilt, Vielfalt befürwortet und den Leistungs- ebenso wie den Solidaritätsgedanken hochhält. Auch in der Wahrnehmung bestehender Problemlagen sind sich diese Befragten im Grundsatz einig, ringen aber unter anderem um die Gewichtung von Handlungsprinzipien und die Balance zwischen Veränderung und Bewahrung. Diese Unterschiede werden umso sichtbarer, je konkreter wir in der Befragung auf mögliche politische Weichenstellungen Bezug nehmen.

Diese Grundstruktur lässt sich mit kleinen Abweichungen in allen drei Themenbereichen wiederfinden. So stimmen in allen Wertemilieus die Befragten mehrheitlich darin überein, dass es eines tiefgreifenden gesellschaftlichen und sozialen Wandels bedarf, um den Klimawandel und seine Auswirkungen langfristig zu bewältigen. Allein im Milieu der Materialist:innen sind die Veränderungsbereiten nicht in der Mehrheit – nur vier von zehn Befragten stimmen hier dieser Aussage zu. Hingegen sind knapp 40 Prozent der Materialist:innen der Ansicht, dass der Klimawandel ein natürliches Phänomen ist und die Natur sich selbst regeneriert. Besonders überzeugt von der Notwendigkeit eines Wandels sind die Sicherheitsorientierten. Offenbar gibt es mit ihnen eine signifikante Gruppe in der Bevölkerung, die den Klimawandel tatsächlich als Bedrohung erlebt, während bei Humanist:innen und Idealist:innen vermutlich eher altruistische Motive bei der Zustimmung zu einem Wandel eine Rolle spielen. Größere Unterschiede zeigen sich bei der Frage, wie dem Klimawandel begegnet werden kann: Während die einen – vor allem die Leistungsorientierten – stärker auf den technologischen Fortschritt setzen, gehen die anderen eher davon aus, dass wirksamer Klimaschutz nicht ohne spürbare Veränderungen in unserem Alltagsverhalten machbar ist.

6.2 Bei der Ausgestaltung von Vielfalt gehen die Meinungen auseinander

Auch bei der Frage, wie ein Zusammenleben in kultureller und religiöser Vielfalt gelingen kann, lassen unsere Studienergebnisse zunächst einen relativ breiten Konsens erkennen: So wird Vielfalt als solche nur von einer vernachlässigbaren Minderheit der Befragten (2 Prozent) abgelehnt. Zugleich werden innerhalb der übergroßen Mehrheit, die grundsätzlich offen ist für eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft, unterschiedliche Vorstellungen davon vertreten, wie stark diese Vielfalt politisch gesteuert werden muss. Dabei ringen die Befragten primär darum, wo die Grenzen der Offenheit liegen sollten. Während Idealist:innen und Humanist:innen diese weit fassen und den notwendigen Rahmen durch das Grundgesetz definiert sehen, plädieren Leistungsorientierte eher für eine engere Grenzsetzung, die sich an westeuropäischen Standards orientiert. Wiederum sind es die Materialist:innen, die am deutlichsten abweichen: Unter ihnen halten insgesamt 80 Prozent entweder nur eine „vertraute“ Vielfalt im westeuropäischen Rahmen für hinnehmbar oder sie erwarten sogar eine Anpassung an eine „deutsche Leitkultur“.

Mit der Frage zum viel diskutierten muslimischen Kopftuch nähern wir uns in unserer Untersuchung am weitesten der Ebene der konkreten Maßnahmen an. Hier treten quer zu allen Milieus unterschiedliche Meinungen besonders sichtbar zutage. Das Thema Kopftuch steht so beispielhaft für die Debatten, die eine offene Gesellschaft führen muss, aber auch für die Verständigung, die sie anstreben sollte. Das kann nur über einen breiten gesellschaftlichen Dialog gelingen. Darin müsste es zunächst darum gehen, offenzulegen, welche unterschiedlichen Leitbilder in der Debatte überhaupt eine Rolle spielen. Dieses Sichtbarmachen unterschiedlicher Positionen und Meinungen ist für eine plurale Gesellschaft wesentlich, aber bei diesem hoch umstrittenen Thema auch eine besondere Herausforderung. Als gemeinsamer Bezugspunkt und Maßstab muss sich dabei das Grundgesetz beweisen. Das gilt gerade auch bei der Frage, wie viel sichtbar gelebte Religiosität – die ja nicht nur Musliminnen, sondern etwa auch kippatragende

Juden betrifft – wir in der Öffentlichkeit und in unseren gesellschaftlichen Institutionen für zumutbar halten und auf welches Verständnis von Religionsfreiheit wir uns mehrheitlich einigen können. Die Menschen mit ihren unterschiedlichen Haltungen mitzunehmen hieße hierbei auch, Gefühlen von Fremdheit und Skepsis Raum zu geben und zugleich Türen zu öffnen für Dialog und Verständigung, die Vorbehalte abzubauen helfen. Es hieße zugleich, Grenzen der Toleranz und damit die Grenzen des demokratischen Konsenses zu benennen, der von den freiheitlichen Werten des Grundgesetzes definiert wird.

6.3 Mehrheit findet Gesellschaft nicht gerecht

Eine vergleichsweise deutliche Übereinstimmung lässt unsere Studie beim Thema Gerechtigkeit erkennen. Das liegt jedoch vor allem daran, dass sich die für die Fragestellung gewählten vier Gerechtigkeitsprinzipien auf einer relativ abstrakten Werteebene bewegen. Die beiden Prinzipien der Leistungs- und der Bedarfsgerechtigkeit – die in ihrer Verbindung für die Soziale Marktwirtschaft stehen – werden von einer überwältigenden Mehrheit der Befragten geteilt. Es ist davon auszugehen, dass das Meinungsspektrum sich weiten würde, wenn wir nach konkreten Maßnahmen zur Stärkung des Sozialstaatsprinzips oder aber des Leistungsgedankens und damit der Ausgestaltung der Balance beider Gerechtigkeitsprinzipien fragen würden.

Erneut weichen am ehesten die Materialist:innen (und in geringerem Maß die Beziehungsmenschen) von dem Konsens zu den Gerechtigkeitsprinzipien ab. Materialist:innen halten vor allem das Leistungsprinzip hoch. Es basiert auf einem Aufstiegsversprechen, das allerdings langsam bröckelt (Friedrichs 2021). Tatsächlich ist eine Mehrheit aller Befragten (57 Prozent) der Auffassung, dass die Gesellschaft eher nicht gerecht ist (vgl. auch Brand, Follmer und Unzicker 2020). Dem Glauben an eine „gerechte Welt“, in der jede:r das bekommt – zumindest auf lange Sicht –, was sie oder er verdient, hängen nur 43 Prozent aller Befragten an; allein unter den Leistungsorientierten sind es mehr. Die breite Anerkennung von Ungerechtigkeit ist zweideutig: Sie kann einerseits die Motivation dafür liefern, bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Sie kann aber auch zu der für das solidarische Miteinander fatalen Erkenntnis führen, dass nur vorankommt, wer an sich selbst denkt. Unter den Materialist:innen scheint es Anzeichen für letztere Tendenz zu geben.

6.4 Materialist:innen sehen sich als Außenseiter:innen

Insgesamt belegen unsere Ergebnisse eine breite Veränderungsbereitschaft unter den Befragten – nicht nur, was eine Bewältigung des Klimawandels angeht. Dies ist eine gute Voraussetzung für die Politik, gesellschaftliche Neujustierungen vorzunehmen. Auch die Pandemie ist in dieser Hinsicht ein Türöffner, wurde in ihr doch der Umgang mit Veränderungen eingeübt.

Auch ist die Bereitschaft gegeben, die Auseinandersetzungen, die notwendig mit der Gestaltung des Wandels verbunden sind, zu führen. Das illustrieren unsere Ergebnisse zur Offenheit für einen Dialog untereinander: Zwar nehmen die unterschiedlichen Wertemilieus wahr, dass die Debatten insgesamt kontroverser geworden sind. Aber überwiegend sind die Befragten der Meinung, dass die meisten Menschen mit den eigenen Werten und Überzeugungen übereinstimmen. Mit anderen Worten: Ein Großteil fühlt sich – zu Recht oder zu Unrecht – gut im gesellschaftlichen Diskurs repräsentiert. Besonders überzeugt davon sind die Leistungsorientierten, von denen fast zwei Drittel denken, dass die meisten Menschen ihre Werte teilen.

Von den Materialist:innen glauben das lediglich 41 Prozent. Das Gefühl, eine Minderheit zu bilden oder sogar Außenseiter:innen zu sein, ist in diesem Milieu also durchaus gegenwärtig. Zudem zeigen unsere Ergebnisse, dass die Materialist:innen selbst in ihrem privaten Umfeld Widerspruch spüren. Wenn man die vorausgehenden Befunde berücksichtigt, ist das nur folgerichtig: Denn tatsächlich steht dieses Wertemilieu tendenziell für ein Gesellschaftsmodell, das die meisten anderen ablehnen und das, wie unsere Analy-

sen zu Einwanderung und Vielfalt gezeigt haben, das Freiheitsverständnis des Grundgesetzes zum Teil weiter hinter sich lässt.

Wenn in der Öffentlichkeit eine Polarisierung wahrgenommen wird, dann spiegelt sich darin eben diese Spannung zwischen dem relativ breiten demokratischen Grundkonsens, den wir in unserer Studie feststellen, und dem Milieu der Materialist:innen, die sich tendenziell gegen Veränderung stemmen, der offenen, vielfältigen Gesellschaft eher misstrauisch begegnen und auch in stärkerem Maße Ungerechtigkeit und Dissens wahrnehmen.

Mediale Diskurse inszenieren und verstärken diese Polarisierung, indem sie möglichst scharf konturierte Meinungen gegeneinanderstellen und so beim Publikum den Eindruck erwecken, hier diskutierten Repräsentant:innen von gleichermaßen starken Bevölkerungsgruppen miteinander.[3] Minderheitspositionen – die ohne Zweifel ihre Berechtigung haben und gesellschaftlicher Sichtbarkeit bedürfen – werden so falsch eingeordnet, und dem Eindruck einer Spaltung kann Vorschub geleistet werden.

Vor allem werden durch solche polaren Inszenierungen gesellschaftlicher Debatten die feinen, aber relevanten Unterschiede verwischt, die die gesellschaftliche Auseinandersetzung hinter den Kulissen prägen und letztlich maßgeblich sind für die Frage, wie anstehende Herausforderungen gelöst werden können und wie dabei der soziale Zusammenhalt gewahrt werden kann. Solche unterschiedlichen Positionen, die sich innerhalb eines geteilten Rahmens bewegen, machen die Debatte zwar unübersichtlicher, bringen sie aber auch weiter.

Polare Inszenierungen können zudem dazu genutzt werden, die Materialist:innen zu degradieren und weiter in die Ecke zu drängen. Das verschärft Unzufriedenheiten und birgt das Risiko einer Radikalisierung. Die Ansprechbarkeit für Parteien aus dem rechten Spektrum belegt bereits die überdurchschnittliche Nähe dieses Milieus zur AfD.

3 Darauf verweist auch der Virologe Christian Drosten, der kritisiert, dass auf diese Weise wissenschaftliche Mehrheitsmeinungen und Außenseiter:innenpositionen auf eine Ebene gebracht würden: https://www.republik.ch/2021/06/05/herr-drosten-woher-kam-dieses-virus?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=republik%2Fnewsletter-editorial-covid19-wir-haben-eine-frage

6.5 Leistungsorientierte für den Wandel gewinnen

Stattdessen ermöglicht der in dieser Studie verfolgte Ansatz der Wertemilieus, in die Tiefenschichten gesellschaftlicher Pluralität vorzudringen. Da zeigt sich, dass für die eigentlich relevante gesellschaftspolitische Auseinandersetzung innerhalb des demokratischen Spektrums drei Milieus tonangebend sind: die Idealist:innen und – etwas zurückhaltender – die Humanist:innen auf der einen Seite sowie die Leistungsorientierten auf der anderen Seite. Während Erstere, die sich in ihren Positionen relativ ähnlich sind, für eine weitestgehend offene, klimabewusste und solidarische Politik plädieren und eine stärkere Ausrichtung der Gesellschaft an universalistischen Werten befürworten, halten Letztere eher am Status quo fest und bilden damit auch eine Brücke zu den Materialist:innen. Im Gegensatz zu diesen sind sich die Leistungsorientierten ihres Gewichtes bewusst, treten anders auf und sind offenbar eher in der Lage, ihre Meinung in den Diskurs einzubringen.

Weniger präsent sind die Beziehungsmenschen: Sie zeigen die geringste Dialogbereitschaft und sind zudem wenig an gesellschaftspolitischen Themen und Debatten interessiert. Primär liegt ihnen an einer guten sozialen Einbindung und einem unbeschwerten Leben. Das könnte sich jedoch ändern, wenn sich durch zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen die Bedingungen zu ihren Ungunsten wandeln, ohne dass sie am Prozess beteiligt sind.

Deswegen muss es in der anstehenden Verständigung über die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels unter anderem darum gehen, Gruppen wie die Beziehungsmenschen besser einzubinden. Zugleich gilt es, den Leistungsorientierten zu vermitteln, wie sie von dem Wandel profitieren können und – entscheidender noch – warum sie auf diesem Weg gebraucht werden. Zwar sprechen gute Gründe dafür

anzunehmen, dass das marktwirtschaftliche System ein wesentlicher Treiber sowohl für den menschengemachten Klimawandel als auch für die wachsende soziale Ungleichheit ist. Daher verwundert einerseits die bremsende Haltung der Leistungsorientierten nicht, die sich besonders gut auf dieses System eingestellt haben. Andererseits zeigt die breite Anerkennung, die in unserer Studie die Verbindung aus Leistungs- und die Bedarfsgerechtigkeit und damit das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erhält, warum die Leistungsorientierten als Brückenbauer:innen gefragt sind. Das gilt ebenso angesichts der zentralen Rolle, die die Wirtschaft beim ökologischen Umbau der Gesellschaft spielen muss.

Das Herausarbeiten und Sichtbarmachen der unterschiedlichen Haltungen in den Wertemilieus kann insgesamt dazu beitragen, das Schwarz-Weiß-Schema einer Polarisierung hinter sich zu lassen, und legt nahe, statt der Abgrenzung gegenüber einem gemeinsamen Meinungsgegner nach den feinen, aber relevanten Differenzen innerhalb der demokratischen Auseinandersetzung zu suchen. So können Türen geöffnet werden – auch für diejenigen, die sich außen vor sehen. Die Politik hat die Chance, solche Positionen stärker in den Dialog einzubinden und Debattenräume jenseits emotionalisierter medialer Inszenierungen zu eröffnen. Neue Formate wie Bürger:innendialoge und digitale Dialogplattformen weisen hier in die richtige Richtung. Aber auch die Medien sind gefordert, ihrer Verantwortung besser gerecht zu werden und gesellschaftliche Debatten in ihrer Vielstimmigkeit abzubilden, statt scharfe, aber randständige Dissonanzen größer zu machen. Insgesamt muss es gerade angesichts der riesigen Herausforderungen, vor denen unsere plurale, offene Gesellschaft steht, darum gehen, möglichst viele Menschen mitzunehmen. Dazu gehören natürlich auch die Materialist:innen. Formate zu entwickeln, die ihren Haltungen ebenso Raum und Respekt einräumen wie dem Widerspruch dagegen, ist sicherlich besonders anspruchsvoll. Sicher ist aber auch: Notwendige Debatten können nicht mehr vertagt werden, und deswegen ist konstruktiver Streit fruchtbarer als vorgeschobene Harmonie.

7. Literatur

Adriaans, Julie; Eisnecker, Philipp; Liebig, Stefan (2019): Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet. DIW Wochenbericht 45/2019, S. 817–825. https://www.diw.de/de/diw_01.c.696451.de/publikationen/wochenberichte/2019_45_1/gerechtigkeit_im_europaeischen_vergleich__verteilung_nach_bedarf_und_leistung_in_deutschland_besonders_befuerwortet.html

Benoit, Verena; El-Menouar, Yasemin; Helbling, Marc (2018): Zusammenleben in kultureller Vielfalt: Vorstellungen und Präferenzen in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. DOI: 10.11586/2018014

Bertelsmann Stiftung (2019): Religionsmonitor kompakt – Mai 2019: Fokus Religionsfreiheit. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/BS-0275_Factsheet_Religionsfreiheit_5.pdf

Blom, Annelies G.; Möhring, Katja (2021): Soziale Ungleichheit in der Beschäftigungssituation während der frühen Phase der Coronakrise. In: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 476–483. https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.pdf

Brand, Thorsten; Follmer, Robert; Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Bundesverfassungsgericht (2021): Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 – 1 BvR 2656/18-, Rn. 1-270. https://www.bundesverfassungsgericht.de/e/rs20210324_1bvr265618.html

Dalbert, Claudia; Montada, Leo; Schmitt, Manfred (1987): Glaube an eine gerechte Welt als Motiv: Validierungskorrelate zweier Skalen. In: Psychologische Beiträge 29/1987, S. 596–615. https://psydok.psycharchives.de/jspui/bitstream/20.500.11780/743/1/Glaube_an_eine_gerechte_Welt.pdf

Droste, Luigi; Björn Wendt (2021): „Who Cares?“ In: Soziologie und Nachhaltigkeit 7 (1), S. 1–42.

Dubiel, Helmut (1999): Integration durch Konflikt? In: Friedrichs, Jürgen; Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Integration. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 132–143.

El-Menouar, Yasemin (2021): Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl. Sieben Wertemilieus und ihre Sicht auf Corona. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

El-Menouar, Yasemin; Unzicker, Kai (2021): Wo kommen eigentlich die Wertemilieus her? Methodische Erläuterungen zur aktuellen Studie „Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl“. Blogbeitrag vom 26. Februar 2021. https://blog.vielfaltleben.de/2021/02/26/wo-kommen-eigentlich-die-wertemilieus-her/

European Commission (2019): Special Eurobarometer 490: Climate Change. https://ec.europa.eu/clima/sites/default/files/support/docs/report_2019_en.pdf

Friedrichs, Julia (2021): Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können. München: Piper Verlag.

Hargreaves, Julian, et al. (2020): How We Get Along: The Diversity Study of England and Wales 2020. Cambridge: Woolf Institute.

Hoffman, Andrew J. (2015): How culture shapes the climate change debate. Stanford University Press.

Hornsey, Matthew J., et al. (2016): Meta-analyses of the determinants and outcomes of belief in climate change. In: Nature Climate Change 6 (6), S. 622–626.

IPCC 2018: Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle/ProClim/Österreichisches Umweltbundesamt (Hrsg.): 1,5 °C globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. Deutsche Übersetzung auf Basis der Version vom 8.10.2018 und unter Berücksichtigung von Korrekturmeldungen des IPCC bis zum 14.11.2018. Bonn/Bern/Wien. https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf

Kohlrausch, Bettina; Zucco, Aline; Hövermann, Andreas (2020): Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. WSI-Report Nr. 62, November 2020. https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_62_2020.pdf

Pfündel, Katrin; Stichs, Anja; Tanis, Kerstin (2021): Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Forschungsbericht 38 des Forschungszentrums des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Poortinga, Wouter, et al. (2018): European attitudes to climate change and energy. Topline results from Round 8 of the European Social Survey. London: European Social Survey ERIC.

Rammstedt, Beatrice; Kemper, Christoph J.; Klein, Mira Céline; Beierlein, Constanze; Kovaleva, Anastassiya (2013): Eine kurze Skala zur Messung der fünf Dimensionen der Persönlichkeit. In: Methoden, Daten, Analysen, Jg. 7(2), S. S. 233–249.

Sachs, Andreas; Ambros, Jakob; Limbers, Jan; Moog, Stefan; Weinelt, Heidrun (2020): Lohneinkommensentwicklung 2025. Wirkung der Produktivität auf die Lohndynamik. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Lohneinkommen_2025.pdf

Sachweh, Patrick; Sthamer, Evelyn (2016): Gerechtigkeitsempfinden. Befunde zum Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen und potenzielle soziale Folgen empfundener Ungerechtigkeit. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Der Kitt der Gesellschaft. Perpektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 207–251.

Schipperges, Michael (2020): Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019 – Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

Schmitt, Manfred; Maes, Jürgen; Schmal, Andreas (1995): Gerechtigkeit als innerdeutsches Problem: Einstellungen zu Verteilungsprinzipien, Ungerechtigkeitssensibilität und Glaube an eine gerechte Welt als Kovariate. Forschungsberichte der Arbeitsgruppe Verantwortung, Gerechtigkeit, Moral Nr. 82/1995. http://www.gerechtigkeitsforschung.de/berichte/beri082.pdf

Schwartz, Shalom H. (2012): An overview of the Schwartz theory of basic values. In: Online Readings in Psychology and Culture, Jg. 2, Nr. 1.

Silver, Laura, et al. (2021): Views About National Identity Becoming More Inclusive in U.S., Western Europe. Washington DC: Pew Research Center. https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2021/05/PG_2021.05.05_Cultural-Grievances_FINAL.pdf

Weichselbaumer, Doris (2016): Discrimination against female migrants wearing headscarves. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung
Juli 2021
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Dr. Yasemin El-Menouar

Autor:innen
Dr. Yasemin El-Menouar
Dr. Kai Unzicker

Lektorat
Gesine Bonnet, Wiesbaden

Korrektorat
Paul Kaltefleiter, Bielefeld

Illustrationen
Pia Bublies, Hamburg

Grafikdesign
Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweise
Seite 1 © Miljan Živković – stock.adobe.com
Seite 12 © AVTG – stock.adobe.com
Seite 18 © Davide Angelini – stock.adobe.com
Seite 26 © M.Dörr & M.Frommherz – stock.adobe.com

BSt ID-1229
DOI 10.11586/2021062

Literaturtipps

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

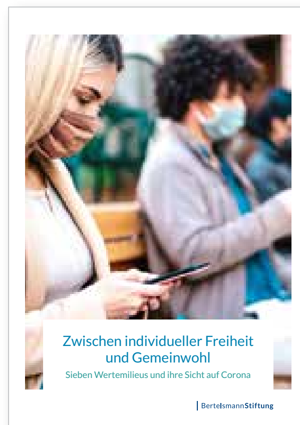


Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020

Religionsmonitor



Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl



Die Corona-Krise und Strategien der Bewältigung

Wertebildung



Wertebildung im Jugendfußball – Ein Handbuch für Trainer



Werte lernen und leben



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungen informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

http://b-sti.org/lebendigewerte

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Yasemin El-Menouar
Senior Expert
Programm Lebendige Werte
Telefon +49 5241 81-81524
yasemin.el-menouar@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

BertelsmannStiftung